

18 Wochen
Dettingen:
3 (3 : 0);
5 (3 : 2).

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Alteste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Stadtrates und des Finanzamts Dippoldiswalde

Bezugspreis: Für einen Monat 2.— R.R.
mit Zutragen; einzelne Nummer 10 Pf.
:: Gemeinde-Verbands-Konto Nr. 3 ::
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403
:: Postcheckkonto Dresden 125 48 ::

Anzeigenpreis: Die 48 Millimeter breite
Millimeterzelle 6 Rp.; im Textteil die 93
Millimeter breite Millimeterzelle 18 Rp.
:: Anzeigenzeit: 10 Uhr vormittags.
:: Zur Zeit ist Preisliste Nr. 5 gültig. ::

Nr. 96

Dienstag, am 26. April 1938

104. Jahrgang

Aus der Heimat und dem Sachsenland

Dippoldiswalde. Der Jahrmarkt-Montag hat sich nun doch noch besser gestaltet, als es morgens schien. Das Schneekreisen hörte auf, nur ab und zu gab es ganz kurze Regenfälle. Auch die Sonne versuchte, Macht zu gewinnen, was ihr allerdings nicht recht gelingen wollte. Es blieb immer kühl. Die Zahl der Besucher war nicht größer geworden, aber die der Marktbesucher war gegenüber den früheren Jahrmarkt-Montagen doch bedeutend größer. Es wurde auch gestern noch recht tüchtig gekauft. Nicht nur die Würstel- und Fischelbuden machten ihre Geschäfte, auch an den Ständen für Webwaren usw. sah man viele ihre Einkäufe tätigen. Die Ladengeschäfte der Stadt hatten ebenfalls guten Zuspruch aufzuweisen. Bei allem miesen Wetter ist der Jahrmarkt selbst doch nicht schlecht gewesen.

Dippoldiswalde. Morgen beginnt wieder der Unterricht an den Volksschulen. Die Osterferien sind vorüber; kalt und unfreudlich waren sie. Die erhoffte Belästigung im Freien war leider nicht möglich. Nun werden sich in neuen Klassen die Jungs und Mädels wieder zusammenfinden und vielfach unter anderen Lehrern die Arbeit eines neuen Schuljahres beginnen. Am Donnerstag werden dann auch an unserer Hans-Schemm-Schule die Schulneulinge in den Kreis der Schule aufgenommen werden.

Dippoldiswalde. Ein Bann-Appell wurde am Sonntag von Jungbannführer Frisch des Gebietes 16 der HJ abgenommen. Dazu waren 480 Hitlerjungen und 380 Pimpfe angestreten. Er galt der Vorbereitung für den Gebietsaufmarsch am Gauparteitag in Leipzig.

Dippoldiswalde. In einer Mitgliederversammlung des Reichsbundes der Körperbehinderten sprach Gaubundesleiter Pg. Pähler, Chemnitz, und führte etwa folgendes aus: Der Reichsbund der Körperbehinderten (R. B. K.) sei die einzige von der Regierung anerkannte Organisation der Körperbehinderten neben der NSKDV. Trotzdem er erst im Entstehen sei, habe er schon segenreiche Arbeit an den Körperbehinderten geleistet. Vielen Kameraden sei schon zu Lohn und Brod verholfen worden oder die oft schweren Sorgen um die Beschaffung von Hilfsmitteln, Prothesen usw. seien ihnen abgenommen worden. Weiter sprach Pg. Pähler über den organisatorischen Aufbau des R. B. K., wie er auch im Kreise Dippoldiswalde durchzuführen sei, und schloß seine Ausführungen mit dem Aufruf an alle Mitglieder zu reger Mitarbeit gemäß den Grundsätzen der NSDAP.

Seifersdorf. Die Kriegerkameradschaft Seifersdorf im NS-Reichskriegerbund "Kossäuter" hielt am Sonntagabend in Müllers Gasthaus Kameradschaftsappell ab. Kameradschaftsführer Eh ging auf die Ereignisse der letzten Wochen ein und entwidmete die Gedanken, die jeden Deutschen und vor allem jeden deutschen Soldaten dabei durchzogen. Mit gewaltiger Bewunderung können wir auf das Gedanken dieser Märkte zurückblicken. Nach diesen Worten gedachte der Kameradschaftsführer des vor wenigen Tagen heimgegangenen Kameraden Bruno Klemm, und die Versammlung erhob sich von den Plätzen. Ein neuer Kamerad wurde aufgenommen. Fahnenträgerschild und Bande wurde dem Fahnenträger überreicht. Es folgten Mitteilungen über Regimentstage, Reichskriegertag, Landesgebietssammelzettel usw. Kamerad Schröder berichtete von der Schießwurfschule in Dippoldiswalde und stellte die 5 Mannschaften zum Aufmarsch in Döbeln auf. Über die Gehaltung des am 8. Mai stattfindenden 50-jährigen Jubiläums wurde berichtet. Eine rege Aussprache schloß sich an.

Dresden. Rettungsbootfahrer ertrunken. Auf der Elbe bei Tolkewitz schwang ein mit zwei Personen besetztes Rettungsboot um. Während sich der eine Insasse retten konnte, sank der 17-jährige Konditorlehrling Johann Werner aus Bobeck in den Tod.

Dresden. Unglaublicher Unfall. In letzter Zeit haben in vielen Häßen Jugendliche und schulpflichtige Kinder mit Steinen und anderen Gegenständen nach abgestellten Verkehrsstraßen und verschlossenen Fenstern geworfen. So wurden auf einem Neubaugebäude etwa sieben Fensterscheiben eingeschlagen. Der verursachte Schaden ist beträchtlich. Die Folgen eines solchen Unfalls sollten den Jugendlichen und Kindern eindringlich vor Augen gehalten werden.

Bautzen. Ein Lastkraftwagen aus Oppach geriet in der Steinstraße auf den Fußsteig, weil anscheinend die Steuerung des Zugwagens versagt. Der Triebwagen fuhr in das Schaukasten einer Konditorei hinein. Der Vorderteil des Wagens wurde schwer beschädigt. Personen wurden zum Glück nicht verletzt.

Bürdel Reichskommissar für die Wiedervereinigung

Unmittelbar dem Führer unterstellt / Auftrag bis 1. Mai 1939

Der Führer an Dr. Seyß-Inquart

Gleichzeitig hat der Führer an den Reichsstatthalter in Österreich, Dr. Seyß-Inquart, folgendes Schreiben gerichtet:

Der Führer und Reichskanzler. Berlin W. 8, den 23. April 1938.

Herr Reichsstatthalter!

Durch den in Abschrift anliegenden Erlass vom heutigen Tage habe ich den Gauleiter Bürdel zum Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich bestellt. Ich bemerke dazu folgendes:

Der mir unmittelbar unterstellt Reichskommissar soll für ein Jahr, innerhalb dessen die Wiedervereinigung Österreichs im wesentlichen durchgeführt sein muß, als mein Beauftragungsmann sowohl mir wie Ihnen die Aufgaben erleichtern, die die Wiedervereinigung Österreichs in das Reich in politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht leicht bringt.

Es wird ihm im besonderen obliegen, bei der vom Reichsminister des Innern als Zentralstelle für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich zu vollziehenden Rechtsanwendung und Rechtsausführung maßgebend mitzuwirken und für die Reichsregierung und die Partei mit Ihnen zu prüfen, ob und wann das deutsche Reichsrecht auf den verschiedenen Reichsgebieten in Österreich eingeführt oder österreichisches Recht angeglichen werden soll.

Ihre Aufgabe wird es sein, als mit der Führung der Österreichischen Landesregierung beauftragter Reichsstatthalter, das neue Recht in Österreich durchzuführen. Wenn nach Jahresfrist die Wiedervereinigung Österreichs in das Deutsche Reich im wesentlichen vollendet sein wird, werde ich Sie zum Mitglied der Reichsregierung ernennen, damit Sie dann an dieser Stelle weiter für Österreich im Großdeutschen Reich wirken können. (ges.) Adolf Hitler.

Verlängerung der Österruhe in Österreich

Der Beauftragte des Führers für die Volksabstimmung in Österreich Bürdel erlässt folgende Bekanntmachung: Die Regelung der personellen und organisatorischen Angelegenheiten in Österreich macht die Verlängerung der Österruhe bis 10. Mai 1938 notwendig. Bis zu diesem Termin werden alle Vorbereitungen ihren Abschluß gefunden haben. Von den Wahlleitungen sind bis zu diesem Termin die ordentlichen Mitglieder der NSDAP fast regelmäßig zu erfassen.

Chemnitz. Jugendlicher Lebensretter. Der Kreishauptmann von Chemnitz hat im Namen des Führers und Reichskanzlers dem Banklehrling Heinz Löber in Chemnitz dafür, daß er am 3. Dezember 1937 ein 18-jähriges Mädchen von der Gefahr des Ertrinkens aus dem Schloßteich gerettet hat, eine öffentliche Belobigung ausgesprochen.

Waldenburg. Neue Brücken. Die im Bau befindliche Waldenburg-Muldebrücke ist soweit vollendet, daß sie demnächst dem Verkehr übergeben werden kann. Auch in Remse macht der Muldebrückbau gute Fortschritte. In Remse soll mit dem Neubau einer Muldebrücke noch in diesem Jahr begonnen werden.

Waidau. Fabrik wird abgebrochen. In der nächsten Zeit wird mit dem Abriss des Fabrikationsgebäudes der ehemaligen Kammarmspinnerei Scheidewitz begonnen werden. Bei dem Abriss des riesigen Gebäudes, das schon seit 15 Jahren seinem größeren Produktionsbetrieb mehr dient, sondern lediglich zu anderen Zwecken verpachtet war, wird einmal wertvolles Baumaterial gewonnen, zum anderen wird damit auch ein Verkehrshindernis beseitigt.

Aue. Unfall im Schneegestöber. Auf der Staatsstraße Schneeberg-Eibenstock verlor ein Kraftwagen aus Amota infolge des heftigen Schneetreibens die Gewalt über seinen Kraftwagen, der gegen einen Baum raste. Dabei stach der Fahrer mit dem Kopf durch die Windschutzscheibe und wurde schwer verletzt.

Wettervorhersage des Reichswetterdienstes

Ausgabeort Dresden

für Mittwoch:

Geringer veränderlicher Wind. Nachts leichter Frost. Auch im Flachland früh verbreitet Nebel, am Tage heiter bis wolzig und meist trocken. Temperaturen tagsüber auf 12–15 Grad ansteigend.

Wetterlage: Über Skandinavien hat sich eine breite Hochdruckbrücke aufgebaut, welche das westeuropäische Hoch mit einem breiten, über dem nördlichen Eismeer gelegenen Hochdruckgebilde verbindet. Sie wird die Entwicklung der im hohen Norden befindlichen Störung von Mitteleuropa fernhalten und sich gleichzeitig südwärts ausdehnen, so daß sich ihr Einfluß auch in unserem Gebiete langsam durchsetzt.



Großdeutschlands 1. Mai. Weltbild (M).

Zum Nationalen Feiertag des deutschen Volkes, den wir in diesem Jahre zum ersten Male gemeinsam mit den Volksgenossen in Österreich feiern, hat Prof. Richard Klein-München diese Plakette geschaffen. Sie verbindlichlich die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich und verdeutlicht die Freude darüber künstlerischen Ausdruck.

Starles Echo Henleins

Die Welt zu den sudetendeutschen Forderungen?

Die acht festumrisstenen Forderungen Konrad Henleins auf der Karlsbader Tagung der Sudetendeutschen Tagung haben im Auslande, das sich ohnehin schon seit Wochen mit dem tschechoslowakischen Problem befaßt, starken Einfluß hinterlassen. Bissher kann man sich allerdings weder in Paris noch in London dazu ausfragen, in günstigem Sinne zu den sachlich berechtigten Forderungen Konrad Henleins Stellung zu nehmen. London ist allenfalls bereit, sie als Verhandlungsgrundlage anzuerkennen, während man in Paris auch weiterhin das Unrecht an dem Sudetendeutschthum als Grundlage für Verhandlungen ansieht möchte.

Schwarze Sprache gegen die Tschechen

Ungarische Entschließung

Die Vollversammlung der Ungarischen Revisionssliga, auf der mehr als 50 000 Personen für die Revision des Schandvertrages von Trianon demonstrierten, verlor unter einstimmiger Begeisterung aller Teilnehmer einen Beschuß, der die sofortige Lösung des Nationalitätenproblems der Tschechoslowakei fordert und die tschechische Gewaltspolitik mit schärfsten Worten brandmarkt.

In dieser Entschließung heißt es u. a.: „Die Tschechoslowakei ist eine wahre Schändung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, da ihr sämtliche nichttschechischen Völker ohne Befragung und gegen ihren Willen eingeschlossen wurden. Die tschechischen Machthaber haben während der Friedenskonferenz mit gesäßlichen Handlungen und gefälschten statistischen Daten die Großmächte irrgelenkt und auch auf diese Weise Überzeugungen ergriffen, daß Jahrtausende lang ein Bestandteil Ungarns war. Die ganze innere Einrichtung der Tschechoslowakei sieht in diametralem Gegensatz zur Idee der verfehlten „österreichischen Schweiz“.“

Die ungarische, deutsche und polnische Bevölkerung der Republik entbehrt bis zum heutigen Tag jener ehemaligen Rechte, die ihr der Minderheitenvertrag wie auch die Staatsverfassung und die sonstigen Gesetze des Staates aufsichern.“

Weiter wird dann in der Entschließung festgestellt, daß die Tschechoslowakei mit ihren sämtlichen Nachbarn auf gespanntem Fuß steht und somit ständig den Frieden in Mitteleuropa und sogar der ganzen Welt gefährdet.

„Die tschechoslowakische Republik“, so heißt es dann wörterlich weiter, „hat dem sowjetrussischen Bolschewismus eine Brücke nach Mitteleuropa gebaut und gefährdet dadurch die mitteleuropäische Kultur wie auch die bürgerliche und gesellschaftliche Ordnung Europas. Die die Mehrheit der tschechoslowakischen Republik bildenden nationalen Minderheiten, die Deutschen, Slowaken, Ruthenen, Polen und Ungarn, sind in höchstem Maß unzufrieden mit der auf Unterdrückung und Ausbeutung eingestellten Nationalitätenpolitik des Prager Regimes.“

„In Anbetracht alles dessen ist es unseres Erachtens im Interesse des Friedens und der ungezügelten Entwicklung Europas an der Zeit, daß die schwachwollenen Juwelen ein Ende nehmen, und daß das Nationalitätenproblem der Tschechoslowakei endlich gründlich gelöst werde.“

Jetzt Regelung der Minderheitenfrage

Protest gegen die Prager Politik.

Die revisionistische Liga veranstaltete in Budapest eine Protestkundgebung gegen das Diktat von Trianon. Die Redner forderten Gerechtigkeit für Ungarn und Revision des Diktates. Eine Resolution unterstrich auf schärfste die Tatsache, daß sich die Tschechoslowakei dem Bolschewismus in die Arme geworfen habe. Sie bildet daher eine Bedrohung für die gesamte europäische Zivilisation.

Die nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei, die Deutschen, die Slowaken, die Ruthenen, die Polen und die Ungarn, die die Mehrheit der Einwohner dieses Staates bilden, seien aufs äußerste unzufrieden mit der Politik der Unterdrückung und Ausbeutung der Prager Regierung. Jetzt sei der Augenblick gekommen, um dieser schimpflischen Lage ein Ende zu setzen und die Minderheitenprobleme der Tschechoslowakei gründlich zu ändern, und zwar nach den Grundsätzen der Nationalität und dem Recht der Selbstbestimmung.

London: Eine Verhandlungsgrundlage

Unter der Überschrift „Die acht Forderungen Henleins: Selbstregierung für die Deutschen“ bringt die „Times“ einen ausführlichen Bericht. Er schildert die Logik und hebt hervor, daß während der ganzen Veranstaltung tadellose Ordnung geherrscht habe. Im Leitartikel erklärt das Blatt, die Forderungen der Sudetendeutschen seien weitgehender und deutscher, als man erwartet habe. Vieles müsse jedoch von der Auslegung abhängen, und es sei möglich, daß Henleins acht Punkte als eine Verhandlungsgrundlage dienen können. Eine wirkliche Schwierigkeit scheine nur bei den Punkten 6 und 8 auszutunken, in denen Henlein Wiedergutmachung der den Sudetendeutschen seit dem Jahre 1918 zugefügten Schäden verlangt und volle Freiheit des Bekennens zur deutschen Weltanschauung fordere. „Daily Express“ bringt seinen Bericht unter der Überschrift: „Henlein sagt: 20 Jahre Unterdrückung müssen aufhören!“

Paris: Benechs „edles Programm“

Auch die Pariser Presse befaßt sich sehr eingehend mit der programmativen Rede des Führers Henlein. Im allgemeinen sind die Blätter der Ansicht, daß die Ausführungen Henleins nicht zu einer Entspannung in der Tschechoslowakei führen würden. Das „großartige und edle Programm“ Benechs, so heißt es in verschiedenen Blättern, werde unter diesen Umständen nur schwer zu verwirklichen sein. Die Blätter bemühen diesen Anlaß, um wieder einmal von deutscher Expansionstheorie zu phantasieren. Der „Tempo“ unterstreicht in seinem oft sehr adiozigen Ausführungen, daß durch die Karlsbader Tagung erneut die Aufmerksamkeit auf das innere Problem der Tschechoslowakei gerichtet werde, das schwerwiegende Auswirkungen auf die allgemeine Lage in Mitteleuropa haben könnte.

Im übrigen fährt die französische Öffentlichkeit fort, die Opportunität etwaiger militärischer Verpflichtungen Frankreichs gegenüber der Tschechoslowakei zu diskutieren. Es fehlt dabei nicht an Stimmen, die vor einer Überbewertung der Freundschaft mit Prag warnen. Der Außenpolitiker des Wirt-

schaftsblattes „Journée Industrielle“ schreibt, die Freundschaft mit der Tschechoslowakei verfüllte die Franzosen keineswegs, für die Fehler eine Verantwortung auf sich zu nehmen, die dieses Land selbst begangen habe. Es wäre viel besser, wenn Frankreich sich nicht soviel mit der Tschechoslowakei beschäftigen würde, sondern es sollte lieber nach Berlin sehen, denn nicht Prag, sondern Berlin müsse für die französischen Ansichten und Entschlüsse ausschlaggebend sein.

Warschau: Alle Nationen fühlen sich unterdrückt

Die Karlsbader Rede Konrad Henleins wird in der polnischen Presse stärkstens beachtet. Insbesondere werden die acht Punkte, die Henlein als Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung in der Tschechoslowakei aussieht, von sämtlichen Blättern wiedergegeben. Auch die Versicherung, daß die Sudetendeutschen weiter noch innen noch nach außen einen Krieg führen, jedoch den jetzigen Zustand nicht länger zu ertragen in der Lage sind, wird besonders unterstrichen. Einzelne Zeitungen deuten ferner den Satz aus der Rede besonders herzu, daß sich sämtliche Nationen in der Tschechoslowakei unterdrückt fühlen; vielfach wird auch auf die Entschiedenheit mit der die Forderungen vorgetragen wurden, hingewiesen.

Budapest: „Jetzt ist der Augenblick gekommen!“

Die revisionistische Liga veranstaltete in Budapest eine große Protestkundgebung gegen das Diktat von Trianon, an der sich 50 000 Menschen beteiligten. Die Redner führten der Menge die Ungerechtigkeiten des Trianon-Diktates vor Augen und forderten fest und bestimmt Gerechtigkeit für Ungarn und Revision des Diktates. Die nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei, die Deutschen, die Slowaken, die Ruthenen, die Polen und die Ungarn, die die Mehrheit der Einwohner dieses Staates bilden, seien aufs äußerste unzufrieden mit der Politik der Unterdrückung und Ausbeutung der Prager Regierung. Jetzt sei der Augenblick gekommen, um dieser schimpflischen Lage ein Ende zu setzen und die Minderheitenprobleme der Tschechoslowakei gründlich zu ändern, und zwar nach den Grundsätzen der Nationalität und dem Recht der Selbstbestimmung.

Rom: Autonomie die einzige Lösung

Die italienische Presse zeigt sich bei Henlein beeindruckt von Henleins Forderung nach Revision der Politik gegenüber den Sudetendeutschen und nach einer tatsächlichen Gleichberechtigung mit den Tschechen. „Gazzetta del Popolo“ mahnt die Siebenbürgen zu Deutschland nicht in Ordnung bringen, bevor nicht den Sudetendeutschen volle Befreiung gegeben werde. Zugeständnisse, die selbst im Vertrage von St. Germain in Erwägung gezogen worden seien, dürften für die Prager Regierung nicht unannehmbar sein. Von der Lösung der Sudetendeutschen Frage werde nicht nur die Verständigung mit den deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei, sondern vor allem auch die Einigung zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei selbst abhängen.

Die Turiner „Stampa“ spricht von einer Anklagerede gegen die Tschechoslowakei, in der Henlein eine Autonomie der Sudetendeutschen gefordert habe. Das Problem der Sudetendeutschen, das Hauptproblem der Tschechoslowakei, trete in neue Phase. Der Führer der 3½ Millionen, die, wie Hitler gesagt habe, unter dem Schutz des Reiches stünden, habe die einzige mögliche Lösung der Frage aufgezeigt.

Prag: „Ein entschlossenes Niemals“

Die tschechische Presse macht sich nicht einmal die Mühe, die große Rede Konrad Henleins in Karlsbad entsprechend ihrer Bedeutung zu würdigen und sie — wie man es wohl hätte erwarten dürfen — auf die in ihr enthaltenen Möglichkeiten zur Einleitung einer gezielten Entwicklung zu prüfen. Aus dem ersten Aussagen der tschechischen Blätter nach dieser Rede ist ersichtlich, daß man es sehr eilig hat, eine ablehnende Stellungnahme zu denken. Das rechtsgerichtete oppositionelle Blatt „Vornamek“ ist, das die Rede als „überhört“ bezeichnet, meint, es sei eine „politische Tribüne“, von einer Rechtslosigkeit seit 1918 zu sprechen. Es sei nun für alle Welt klar, heißt es weiter, welche Ziele die SDP verfolge. „Daraus kann von uns ohne Mühe auf die politische Partei zugehörigkeit nur ein entschlossenes Niemals erscheinen.“

Die Stimmung der übrigen tschechischen Blätter geht deutlich aus den Beschrifungen hervor. Man sieht Titel wie „Henlein hat die Maske abgeworfen“ — „Offizielle Bekennnis zum Nazismus“ — „Eine unerhörte Rede Henleins“ — „Er fordert die Errichtung eines Staates im Staate“ — „Offenes Bekennnis zum Hatentrum“ — „Eine freie Rede aus Karlsbad ist“. Die „Lidové Noviny“, die auf ihre Siebenbürgen zum Außenminister sehr stolz sind, erklären: „Die SDP beharrt auf ihren unannehmbarsten Gesetzesanträgen. Darüber werden wir mit Henlein nicht verhandeln.“

Die verantwortlichen Prager Stellen enthalten sich zur Zeit noch jeglicher Stellungnahme, da sie die Forderungen Henleins erst ihrem Inhalt und ihrer Tragweite nach einer genauen Prüfung unterziehen wollen. Man kann nur der Erwartung Ausdruck geben, daß die tschechoslowakische Regierung sich des Ernstes der Stunde bewußt ist. Die Prager Machthaber haben es in der Hand. Durch ein verständnisvolles Eingehen auf die maßvollen Forderungen Konrad Henleins, den Sudetendeutschen endlich die elementaren Menschenrechte zuzuerkennen, auf die jedes Volk Anspruch hat.

Paris verleiht „grundähnliche Lehrmeinungen“

Die Tschechoslowakei als Ideal der Demokratie!

Paris, 23. April. Die große programmativen Rede des Führers der Sudetendeutschen, Konrad Henlein, findet auch in der Pariser Abendpost stärkste Beachtung. Man wehrt sich mit Händen und Fäusten gegen das Auftreten der Wohheit.

Der „Tempo“ verzweigt in einem Leitartikel die Beschwerden Henleins gegen die systematische Unterdrückung des Deutschen und der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei mit einigen hohen Phrasen abzulenzen. Die Ausführungen Henleins, so schreibt das Blatt, liefern keine Illustration über den radikalen und absoluten Charakter der Forderungen in der sudetendeutschen Partei zu. Ihr Programm „verkenne die grundähnlichen Lehrmeinungen“ des tschechoslowakischen Staates. Wenn Henlein von nationalen, kulturellen und politischen Unterdrückungen spreche, so müsse man ihm entgegenhalten, daß alle diese Beschuldigungen in formeller (1) Form von zuständigen Regierungsstellen widerlegt worden seien. Die an einen Karnevalskarneval erinnernden Ausführungen des „Tempo“ besagen weiter, daß es sich um den demokratischen Staat Europas handelt.

Die „Liberte“ ist im Gegensatz zum „Tempo“ der Ansicht, daß die Forderungen der Sudetendeutschen keinerlei Überredung bräuchten. Das „Journal des Débats“ sieht darauf, ob Henlein etwas abzuwenden sei. Das Blatt bringt zum Schluss etwa die Hoffnung zum Ausdruck, daß London und Paris gemeinsam mit Rom (1) schon für eine Änderung der gegenwärtigen —

für die Deutschen günstigen — politischen Lage in Europa sorgen werden.

Henlein's neue Verständigungsbasis.

Stockholmer mit verschiedener politischer Weltanschauung. —

Die Stellungnahme der „Zeitung“ zur Karlsbader Rede.

Prag, 25. April. Zur Rede Konrad Henleins schreibt das sudetendeutsche Tageblatt „Die Zeit“ u. a.:

Zweifellos ist die Methode, die Henlein in seinen acht Punkten niedergelegt hat, radikal. Man darf aber eines nicht vergessen: Die Methode der langsame, möglichst schmerzlose Entfernung von dem Zustande ungleichen Rechtes wurde bereits versucht, und sie hat — keineswegs durch die Schuld des Sudetendeutschthums — verloren. Die Wahl einer radikalen Methode erfordert offenes Krieg. Diese Bedingung wurde vom Sudetendeutschthum dadurch erfüllt, daß Henlein in Karlsbad ausdrücklich ein Bekennnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung abgelegt hat. Darob mögen manche Leute Erstaunen empfinden. Hätte aber jemand erwartet können, fragt das Blatt, daß eine Bewegung, die 90 v. H. der deutschen Volksgruppe umfaßt, anders als nationalsozialistisch sein könnte? Wenn die Annahme richtig sei, daß verschiedene Völker in einem Staate ruhig nebeneinander leben könnten, dann müsse es auch richtig sein, daß sich die verschiedenen politischen Weltanschauungen dieser Völker miteinander verbreiten.

Entgleisungen der englischen Provinzprese.

Sie sieht Finsternis und Freiheit im sudetendeutschen Aufstand.

London, 25. April. Die englische Provinzprese zeigt, traditionelle Haltung diesbezüglich des Landes entsprechend, wenig Verständnis für die Forderungen des Sudetendeutschthums. „West-Manchester Guardian“ behauptet, daß die Tschechen seit dem Anschluß Österreichs gegenüber der deutschen Minderheit geduldig, freundlich und entgegenkommend gewesen sei, gäbe sie aber damit immerhin zu, daß man vorher ungeduldig, unfreundlich und nicht entgegenkommend war. „Morning Post“ hält Henlein's Forderung auf Selbstverwaltung der sudetendeutschen Gebiete für schwer erfüllbar. Anschließend malt das Blatt, wie es leider in angestammten Ländern seit einigen Jahren üblich ist, wieder einmal Krieg an die Wand. „Liverpool Daily Post“ entblößt sich nicht, von finsteren Forderungen Henleins, freiem Verlangen usw. zu sprechen.

Großer Eindruck der Henleinrede in Schweden.

Stockholm, 25. April. Die Rede Konrad Henleins hat in Schweden großen Eindruck hervorgerufen. Die Presse brachte auf den ersten Seiten ausführliche Berichte in großer Ausdehnung. In der Stellungnahme der in Schweden erscheinenden Blätter werden die Forderungen Henleins amüsanterweise durchweg als Friedensjahr dargestellt. „Stockholms Tidningar“ vertritt die Ansicht, daß der größte Teil der Forderungen Henleins Möglichkeiten zu Verbündungen und Kompromissen nicht ausschließe. Der Kommentar der „Vad Dagigt Allehanda“ besagt, die Verhandlungen der Tschechen der Prager Regierung, den berechtigten Forderungen der Deutschen nachzukommen, seien wohl zu spät abgeschlossen worden. Nach Meinung des „Aftonbladet“ ist der tschechoslowakischen Regierung vielleicht die letzte Chance geboten.

Kroatia willigt Zusammenarbeit

Der tschechoslowakische Außenminister Kroatia bringt im „Petit Parisien“ zum Ausdruck, wenn die Tschechoslowakei Italiens Herrschaft über Siebenbürgen bisher nicht anerkannt habe, so nur deshalb, weil sie Frankreich und England nicht überkommen wollte. Das Ziel der Tschechoslowakei sei, mit Deutschland zu einer bestreitbaren Zusammenarbeit zu gelangen, „unter der aktiven Mitarbeit“ Italiens, der kleinen Entente, Ungarns, Frankreichs und Englands. Schließlich äußerte Kroatia u. a. zur Haltung des Deutschen Reichs gegenüber:

„Was unsere augenblicklichen Beziehungen zum Reich betrifft, so möchte ich unterstreichen, daß sie absolut normal sind und daß die laufenden Angelegenheiten zur Zufriedenheit beider Teile auf dem gewöhnlichen diplomatischen Weg geregelt werden.“ Die Reichsregierung hat sich niemals mittelbar in unsere inneren Angelegenheiten gemischt, und sie nimmt in dieser Hinsicht eine absolut korrekte Haltung ein.“

Reiseverkehr nach England erhöht

London kündigt das Abkommen über Sichtvermerksbefreiung.

Die englische Botschaft hat durch ihre Botschaft in Berlin der Reichsregierung mitteilen lassen, daß sie das zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien bestehende Abkommen über die Befreiung der beiderseitigen Staatsangehörigen vom Sichtvermerkszwang zum 21. Mai 1938 kündige. Die Maßnahme der englischen Regierung ist zu bebauen, weil sie eine erhebliche Erleichterung des normalen deutsch-englischen Reiseverkehrs mit sich bringen wird. Wie außerdem verlautet, will die englische Regierung die Inhaber österreichischer Pässe schon vom 2. Mai an nur dann zur Einreise nach England auslassen, wenn diese Pässe mit einem englischen Sichtvermerk versehen sind.

Städtegründer Mussolini

Grundsteinlegung zum Rathaus Pompezia.

Mussolini legte in Anwesenheit von Mitgliedern der Regierung und Vertretern der Partei und ihrer Gliederungen den Grundstein zum Rathaus des neuen, wenige Kilometer vom Meer südlich von Rom gelegenen fünfzigtausend Einwohnerzentrums, Pompezia. Der Führer wohnte ferner die zur Zeit in Rom weilende Abordnung von 30 japanischen Studenten bei. Dem Duce wurden von einer nach vielen Tausenden zählenden Menge, darunter zahlreiche aus der Umgebung zusammengeströmte Städler, stürmische Kundgebungen dargebracht.

In seiner Ansprache betonte Mussolini, daß für alle Bauern Italiens, von den Alpen bis nach Apulien, und er selbst röhne sich, ein Bauer zu sein, heute ein Festtag sei. „Es wird das fünfte Siedlungszentrum jener vönitischen Sümpfe und römischen Ackerbegründet, die die Kräfte eurer Häuser und unser Wille nunmehr der Natur abgerungen haben.“ Es bedürfe keiner langen Rede, denn Tatsachen seien immer bereiter als Worte. „Erinnert euch, so schreibt Mussolini unter dem tosenden Beifall der Massen, „daran, daß das Eisen der Schwerter und der Pflugsäge mehr wert ist und mehr bleibend wird als Worte.“

Neue Modelle von H.J.-heimen

Besichtigung durch den Führer.

Der Führer und Reichskanzler besichtigte im Beisein des Reichsjugendführers Baldur von Schirach neue Modelle von Adolf-Hitler-Schulen und von H.J.-heimen. Sein besonderes Interesse galt den Kleinheimen und ihren dazugehörigen Jugendgelände, wie sie vor allem im Grenzland häufig errichtet werden sollen.

pe fürgest

ung. —

de.

reibt das

he Punk-

nicht ver-

loren

Ents-

ver-

Süd-

de-

Süd-

de-

rich-

gungs-

ung

Wen-

dem An-

gebildig-

ie aber

nicht und

hendem

vierte für

aber in

der ein-

söder sich

erlangen

hat in

die auf

nebung.

Blätter

weg als

zum

Kapit-

schle-

Die Ver-

Gorde

abge-

schicho-

re nich-

h und

Eiche-

genden

Wi-

fran-

a, zur

Reich

ist nor-

zur

diplo-

erung

legen-

e ab-

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

Rudolf Heß 44 Jahre

Zu seinem heutigen Geburtstag

Am heutigen Dienstag sind es 44 Jahre her, daß in Ägypten Rudolf Heß als Sohn einer deutschen Kaufmannsfamilie geboren wurde. Vielleicht mag es bezeichnend sein, daß gerade er — von frühestem Kindheit mit dem größten Weißblitz des Auslanddeutschen begabt und erzogen — heute der Träger einer der weitestgreifenden Aufgaben der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist.

Die Treue und unermüdlicher Arbeit hat er dem Führer von den frühesten Anfängen des Nationalsozialismus an begleitet, und ihm war es vom Schicksal bestimmt, auch während der schwersten Stunden in der unmittelbaren Umgebung des Führers zu sein. Stunden, die Hoffnungen und Pläne zu nichts werden ließen, aber auch immer wieder den entschlossenen Willen zur Weiterführung des Kampfes in sich trugen. Gerade in diesen Augenblicken ist Rudolf Heß dem Führer innerlich am nächsten getreten. In stiller Arbeit und unbeachtet von der großen Hektikheit hat Rudolf Heß in den langen Jahren der Kampfzeit seine Aufgaben erfüllt, sie geschickt und selbstlos gelöst.

Jemand wer hat ihn einmal das Gewissen der Partei genannt. Wer diesen Mann hat sprechen hören oder selbst in seiner Umgebung weilen durfte, der empfand immer wieder diese Atmosphäre der vollkommenen Aufrichtigkeit. Nicht in leere Worte gestiebene Höflichkeit, sondern ehrliche Anteilnahme an Menschen und Dingen, das sind die bezeichnendsten Merkmale des Mannes, der heute als Stellvertreter des Führers an der Spitze des gesamten Führerkorps der nationalsozialistischen Bewegung steht. Auf Anordnung des Führers und Reichskanzlers hat Rudolf Heß zur Sicherstellung der Führung des Staates durch die Partei das Recht erhalten, selbst oder durch von ihm bestellte Referenten an der Bearbeitung von Gesetzentwürfen sämtlicher Reichsressorts teilzunehmen. Seine Dienststelle ist das lebensdige Bindeglied zwischen dem Staatsapparat einerseits und dem in der Partei verkörperten und von der Partei vertretenen Volkswillen andererseits.

Hans Krebs 50 Jahre alt

Verdienter Kämpfer der Bewegung.

Am 26. April vollendet Hans Krebs, Oberregierungsrat und Pressesprecher im Reichsministerium des Innern, sein 50. Lebensjahr. Er wurde in der deutschen Sprachinselstadt Italien in Währing geboren und zählt zu den ältesten Kämpfern der Bewegung. Schon in der Vorkriegszeit betätigte er sich führend in der völkischen Arbeiterbewegung Altböhmisch. Nach dem Zusammenbruch wurde Hans Krebs Hauptgeschäftsführer der Nationalsozialistischen Partei in den Sudetenländern. Später wurde er Landesleiter der NSAP von Deutschösterreich und schließlich 3. Vorsitzender der sudetendeutschen Gesamtpartei. Er verbrachte viele Monate im tschechischen Gefangnis. Als die Tschechen die NSAP verfolgten, ging Hans Krebs ins Reich, um hier in alter Kraft und Begeisterung weiterkämpfen. Im März 1938 wurde er in den Deutschen Reichstag gewählt und erst vor kurzem hat ihn der Reichsführer SS zum SS-Standartenführer ernannt. Er ist Träger des Goldenen Ehrenzeichens des NSDAP, des Ehrenzeichens der Alten Garde 1923 von Sachsen, und Reichshauptstellenleiter.

Noch ein Opfer auf „Concordia“

Gemeinschaftsgrab für die toten Knappen.

Das Grubenunglück auf der Grube „Concordia“ in Oberhausen hat noch ein weiteres Todesopfer gefordert. Ein Hauer, der einen schweren Schädelbruch erlitten hatte, ist insgesamt gestorben. Damit hat sich die Zahl der Todesopfer auf acht erhöht. Die drei noch im Krankenhaus liegenden schwerverletzten Knappen sind außer Lebensgefahr.

Die Opfer der Arbeit werden auf dem Westfriedhof in Oberhausen in einem Gemeinschaftsgrab beigesetzt werden. Die Trauerfeier findet in der Sporthalle der Schachanlage III statt.

Beileidstelegramm Dr. Ley

Reichsleiter Dr. Ley hat an den Betriebsführer der Grube „Concordia“ in Oberhausen folgendes Telegramm gesandt: „Auf meiner Deutschlandfahrt durch die Betriebe hörte ich von dem schweren Unglück, das Ihre Grube betroffen hat. Ich bin tiefschweig und spreche Ihnen und der Belegschaft mein herzlichstes Beileid aus.“

Gleichzeitig hat Dr. Ley den Ganohmann der Deutschen Arbeitsfront in Essen angewiesen, den Familien der Toten aus dem Unfallkonto der Deutschen Arbeitsfront je 1000 Mark zu überweisen. Die Stiftung „Opfer der Arbeit“ hat für die hinterbliebenen der Belegschaft eine Summe von 3000 Mark zur Verfügung gestellt.

Der Reichsweltkampf in Hamburg.

Prüfungen in Berufstheorie und Weltanschauung.

Hamburg, 28. April. Nach den Sportkämpfen des Reichsweltkampfes, die am Sonntag ausgetragen wurden, begannen am Montag die Prüfungen in Berufstheorie und Weltanschauung. Weltkampftäler waren Berufsschulen Hamburgs, geprüft wurde in vier Leistungsklassen, behandelt wurden dabei Fragen der aktuellen Weltpolitik.

Ein einmaliges Bild boten die hauswirtschaftlichen Weltkämpfe in den Hamburger Zoo-Hallen. 3000 Mädel kochten, 200 plätzten und 730 Jungen an Kochmaschinen, um ein Kleidungsstück für Kinder zu nähen. In der 2. Berufsschule waren die 300 über 25 Jahre alten weiblichen Weltkämpfer aus allen deutschen Gauen zusammengekommen, unter ihnen Fabrikarbeiterinnen, Wohlfahrtspflegerinnen, Näherrinnen, Friseuren, überhaupt jeder Beruf, in dem Frauen tätig sind. Ihre zusätzliche hauswirtschaftliche Aufgabe begann mit dem Kesselschweißen und endete mit der Zubereitung eines zum Auftragen fertigen Gerichtes.

Die Internationale Hoteltagung in Baden-Baden.

Neuordnung der Ferien und Privatzimmervermietung als Beratungsthema.

Baden-Baden, 25. April. Am Montag vormittag nahm die zum ersten Male in Deutschland tagende, von 20 Nationen besuchte 7. Haupttagung der Internationalen Vereinigung der nationalen Hotelverbände, der „Alliance Internationale de l'Hotellerie“, mit einer vorbereitenden Sitzung ihren Anfang. Man beschäftigte sich vor allem mit zwei Fragen, die augenblicklich für das Überbergungsgewerbe von besonderer Bedeutung sind: der Neuordnung der Schulferien in den einzelnen Ländern und dem Problem der von den Fachverbänden und der Steuer nicht erfassten Privatzimmervermietung.

In den Verhandlungen gelangte man zu dem Ergebnis, daß eine Neuordnung der Schulferien eine stark national gebundene Angelegenheit sei, die einheitlichen Richtlinien kaum zu unterwerfen seien werde. Von deutscher Seite wurde auf die Tatsache hingewiesen, daß der Reise- und Urlaubsvorkehr sich stark auf die Monate Juli und August konzentrierte, und dabei der Vorschlag

gemacht, die Sommerferien der Schulen schon Mitte Juni beginnen zu lassen, um dadurch den Reiseverkehr der folgenden Monate zu entlasten. In der Frage der Privatzimmervermietung wurde gefordert, daß bei aller Anerkennung der sozialen Verdünnung der Zimmervermietung eine Regelung auf gesetzlicher Grundlage erfolgen soll.

Evangelische Gottesdienste am 1. Mai

Geistliche Trennung von Staats- und Parteifeiern.

Der Leiter der Deutschen Evangelischen Kirchenleitung und Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats Dr. Werner hat die obersten Behörden der deutschen evangelischen Landeskirchen erucht, für Sonntag, 1. Mai, folgende Gottesdienstordnung vorzunehmen:

Da der Nationalfeiertag des Deutschen Volkes in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt, ist es erforderlich, daß die Gottesdienstzeiten an diesem Tage so gelegt werden, daß sie nicht mit den von Staat und Partei veranstalteten Feiern zeitlich zusammenstoßen. Es ist deshalb zweckmäßig, daß am Sonntag, 1. Mai, die Gottesdienste einheitlich von 9.30 Uhr bis 10.30 Uhr stattfinden. Durch diese Festlegung wird ermöglicht, daß alle Gottesdienstbesucher am Staatsfest und den übrigen Veranstaltungen teilnehmen.



Weigall der Postzustellung am 1. Mai

Am 1. Mai ruht die Postzustellung mit Ausnahme der Elizustellung. Anträgen der Empfänger auf Elizustellung wird gegen Zahlung der Elizustellungsgebühr für jede einzelne Sendung nur entsprochen, soweit die Zustellung mit dem ohnehin dienstlich anwesenden Personal geschehen kann. Eine außergewöhnliche Abholung von Postsendungen und Zeitungen ist nicht zugelassen.

Nur noch Reichsmarkwährung

Endgültige Umstellung im Lande Österreich.

Nach der Einführung der Reichsmarkwährung im Lande Österreich durch die Verordnung des Führers vom 17. März 1938 ist nunmehr eine Auslösung geboten, welche gesetzliche Zahlungsmittel in Reichsmark für den Zahlungsauftrag im Lande Österreich Geltung haben. Nach der beschleunigten Beendigung der bisherigen Schillingwährung werden in Kürze alleinige gesetzliche Zahlungsmittel im Lande Österreich die Reichsmark Zahlungsmittel sein.

Mit der Einführung des Bankgesetzes werden im Lande Österreich die Reichsbanknoten das einzige Zahlungsmittel. Im Einlaß hiermit und angesichts des Klar vorgeschrittenen Umtauschs von Schillingnoten in Reichsbanknoten ist es geboten, den auf Schilling lautenden Noten der Österreichischen Nationalbank die Eigenschaft, gesetzliches Zahlungsmittel zu sein, zu entziehen und sie zur Einziehung aufzurufen, um baldmöglichst einen einheitlich auf Reichsmark lautenden Zahlungsmittelumlauf zu schaffen. Der Aufruf erfolgt zum 25. April, die öffentlichen Räumen bleiben bis zum 15. Mai zur Annahme der Schillingnoten vorüber. Beiderlei gelegliche Zahlungsmittel bleiben vorerst noch die auf Schilling und Groschen lautenden Scheidemunzen (Zeilmunzen).

Mit dem baldigen Ende der Schillingwährung wird die österreichische Münzgezegebung gegenstandslos

Neuer Kapitän des „Wilhelm Gustloff“

Zum Nachfolger des auf hoher See einem Herschlag erlegten Kapitäns Quebbe wurde Kapitän Walter Petersen zum Kapitän des Adm.-Schiffes „Wilhelm Gustloff“ ernannt. Kapitän Petersen übernimmt ab Lissabon das Kommando des „Kraft-durch-Freude“-Schiffes.

Die sterbliche Hülle des Kapitäns Quebbe wurde auf den deutschen Dampfer „Teneriffe“ gebracht, der den Sarg von Dover nach Hamburg bringt. Der Sarg war bedeckt mit der deutschen Hakenkreuzflagge. Auf ihm lag ein Kranz von Schiffsgäbern, Kapitän und Besatzung des britischen Dampfers „Pegawax“, dessen Besatzung der „Wilhelm Gustloff“ am 1. April in schwerem Sturm gerettet hat.

Pilger-Autobus von Schnellzug erfaßt

In der Nacht ist ein mit Pilgern aus Lissabon kommender Autobus an einer Straßentrennung vom Schnellzug Paris-Bruxelles erfaßt und eine Strecke weit mitgerissen worden. Sechs Personen kamen bei dem Unglücks-Eventum ums Leben. Acht wurden schwer verletzt, drei von ihnen befinden sich in einem hoffnungslosen Zustand. Der Straßenwärter hatte die Schranke nicht heruntergelassen.

Vor dem Londoner Besuch der französischen Minister. Umsfangreicher Fragenkomplex.

Paris, 26. April. Ministerpräsident Daladier und Außenminister Bonnet treten ihre Londoner Reise am Mittwoch nachmittag im Flugzeug an. Man rechnet in britischem Kreise damit, daß die Verhandlungen fraglos sehr ausgedehnt sein und sich auf alle im Vordergrund des Interesses stehenden Fragen beziehen werden. An die erste Stelle stellt man eine Engpasshaltung der militärischen Zusammenarbeit der beiden Länder zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Dann soll aber auch über eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit im Falle eines Konfliktes verhandelt werden, ebenso wie über die Möglichkeit des gemeinsamen Einkaufs gewisser Erzeugnisse. Darüber hinaus, erklärt man weiter, würden die spanische Frage, die Beziehungen zu Italien und die auf der nächsten Genfer Tagung stehenden Fragen, wie die Anerkennung Aethiopiens und die Wiederherstellung der absoluten Neutralität der Schweiz erörtert werden. Wie weiter verlautet, soll auch die Lage in der Tschechoslowakei geprüft werden. In diesem Zusammenhang erklärt man, daß nach vorliegenden Informationen die englische Regierung im Augenblick nicht daran denke, sich die alte Auffassung über den Viererbund zu eigen zu machen. Auch die Pariser Regierung steht einem solchen Wiederaufleben des Viererbundes nicht günstig gegenüber, da dieser durch die Ereignisse überholt sei. Schließlich werde man auch wohl über Währungsfragen sprechen und besonders über Fragen, die sich auf das Währungsabkommen der drei Mächte Frankreich, Amerika und England beziehen. Im allgemeinen ist man bei der Auffassung, daß die französisch-englischen Versprechungen unter günstigen Bedingungen stattfinden.

Borkob auf Castellon

Die bolschewistische Front in 8 Kilometer Breite durchbrochen.

Die nationalspanischen Truppen haben im Küstengebiet in südlicher Richtung einen erfolgreichen Vorstoß in die Provinz Castellon unternommen. Im Abschnitt Peñíscola liegen die Streitkräfte des Generals Franco in einer Breite von 8 Kilometer und 3 bis 4 Kilometer Tiefe nach Niederringung feindlichen Widerstandes vor. 161 tote Gefangene wurden dabei gemacht.

Der nationale Heeresbericht enthält eine Zusammenstellung der riesigen Kriegsbedeutung, die den Nationalen in den letzten 20 Tagen in die Hände fiel. Es wurden erbeutet: über 15 000 Gewehre, 271 leichte und 350 schwere Maschinengewehre, 40 Minenwerfer, 75 Geschütze, 30 Kampfwagen, davon 20 in verwundungsfähigem Zustand, 35 Millionen Schuß Infanteriemunition und 37 000 Granaten, darunter 12 000 sowjetrussische Panzerabwehrgranaten.

Kirchliche Nachrichten

Dippoldiswalde, Herre Dienstag nachm. 5 Uhr Jugenddienst, abends 8 Uhr Jugenddienst. Dippoldiswalde, Mittwoch, abends 8 Uhr Bibelst. i. Diak.: Pf. Zinser. Seifersdorf, Mittwoch 10 Uhr Andacht in der Kirche für die Schulansänger und deren Angehörige. Seifersdorf, Donnerstag abends 1/8 Uhr Abendmahlsgottesdienst. Höckendorf, Mittwoch 20 Uhr Bibelfunde. Höckendorf, Donnerstag 19.30 Uhr männlicher Jugenddienst.

Hauptkirchleiter: Helga Jehne, Dippoldiswalde, zugleich verantwortlich für den gesamten Kirchenbezirk einschließlich Bilderdienst, stellv. Hauptkirchleiter: Werner Kunkel, Altenberg, Verantwortlicher Anzeigenleiter Helga Jehne, Dippoldiswalde. D.-A. II: 1138. Druck und Verlag: Carl Jehne, Dippoldiswalde. Zur Zeit ist Preisträger Mr. 5 gültig.

hausmädchen

sucht

heidehof Dippoldiswalde

Milchverbandscheine

drückt

Bachdruckerel Carl Jehne

Werde Mitglied der NS-Volkswohlfahrt!

Zurückgekehrt vom Grabe unserer teuren Entschlafenen.

Frau Gutsauszubauerin

Christiane verm. Zscharschuh

geb. Söh

fanden wir allen, welche durch Wort, Schrift, herrlichen Blumenschmuck und zahlreiches Geleit ihre Teilnahme bezogen, unserem

herzlichsten Dank

Besonderen Dank den Frauen von Niederfrauendorf für die herzlichen Blumengestecke, die erhebende Trostworte an heiliger Stätte und die herrlichen Chorgesänge.

Die trauernden Hinterbliebenen Niederfrauendorf, am Begräbnistag

bewegen die Welt,

da braucht ein jeder die

Zeitung

mit ihrem politischen und
wirtschaftlichen Nachrichten-Dienst / Die Zeitung
läßt über die Enge des
Tages hinausschauen!

Beilage zur „Weißeritz-Zeitung“

Nr. 96

Dienstag, am 26. April 1938

104. Jahrgang

Für eilige Leser

Im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern und durch Reichsminister Dr. Kroll die Auszeichnung von etwa 200 Beamten des Reichsministeriums für 30- und 40jährige Tätigkeit mit dem Treueblatt-Ehrenzeichen statt.

Melchiorlehrerminister Dr. Dörpmüller trat von Passau aus eine mehrjährige Besichtigungsreise an, auf der er die mit dem Ausbau der österreichischen Donau-Strecke und Hafenanlagen zusammenhängenden Wasserstraßenfragen erörtern wird.

Der jugoslawische Landwirtschaftsminister Stanislavitsch trat zu einem achttagigen Besuch der Reichshauptstadt und zur Besichtigung der Einrichtungen des neuen Deutschland in Berlin ein.

Der bisherige Staatssekretär Konstantin Paets wurde mit 219 gegen 19 Stimmen für sechs Jahre zum Präsidenten der Republik Estland gewählt.

In einer Feststaltung im Hause der Ungarischen Akademie der Wissenschaften in Budapest wurde die Internationale Akademie für ärztliche Fortbildung mit dem Sieg in Berlin feierlich proklamiert.

Frankreich verringert Kohleneinfuhr.

Zum Schluß der französischen Kohlenindustrie wird ab 1. Mai die Einfuhr ausländischer Kohle verringert, und zwar werden die Einfuhrkontingente auf 80 v. H. im Verhältnis zu der Menge des Jahres 1936 herabgesetzt. Ausgenommen von dieser Maßnahme ist Kohle ausländischen Ursprungs.

Herr Belisha in Paris.

Der englische Kriegsminister Herr Belisha hat auf seinem Rückflug von Rom in Paris Station gemacht. In der englischen Botschaft sind zu seinen Ehren ein Essen im engeren Kreise statt, an dem lediglich noch Daladier und der britische Botschafter in Paris teilnahmen. Vor seiner Rückkehr nach London empfing Herr Belisha den Chef des französischen Generalstabes, General Gamelin, zu einer längeren Aussprache.

Englischer Wirtschaftsplan vom Kabinett genehmigt.

Der Kabinettshat den Plan zur Gefördung der Wirtschaft angenommen. Ministerpräsident Daladier gab sodann eine Erklärung ab, in der er feststellt, daß die Hauptidee des Plans der Steigerung der Erzeugung gehe. Das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz und des Haushalts kann nur durch Arbeit erreicht werden. Der Plan werde ab 1. Mai durch eine Reihe von Dekreten in Kraft gesetzt werden.

Die kleine Entente für Anerkennung des Imperiums.

Das Belgradische Außenministerium teilt dem jugoslawischen Ge- fandten auf dessen Anfrage mit, daß Jugoslawien auf der Tagung der kleinen Entente am 6. Mai in Belgrad darauf hinweisen werde, daß der rumänische Außenminister in seiner Eigenschaft als Vertreter der kleinen Entente am 10. Mai auf der Tagung der Generalkonferenz für eine Änderung der bisherigen Einstellung Serbiens in der Frage der Anerkennung des italienischen Imperiums einzutreten wird.

Aufnahme der polnisch-litauischen Verkehrsbeziehungen.

In Kowno begannen zwischen einer litauischen und einer polnischen Kommission Verhandlungen über die Aufnahme des Post-, Telegraphen- und Telefonverkehrs zwischen den beiden Ländern. Man rechnet damit, daß die Verhandlungen bis zum 1. Mai zum Abschluß kommen. Am 29. April werden in Warschau Verhandlungen über die Regelung des gegenwärtigen Eisenbahnverkehrs beginnen. In Kowno und Warschau sind bei den Gesandtschaften Konsulate eröffnet worden.

Schulschiff „Emden“ von der Auslandsreise zurück. Als eines der drei Schulschiffe unserer Kriegsmarine kehrte die „Emden“ von der Auslandsreise wieder in die Heimat zurück. Ebenso wie den beiden anderen Schulschiffen „Schleswig-Holstein“ und „Schlesien“ wurde auch der „Emden“ ein herzlicher Empfang durch die Wilhelmshavener Bevölkerung zuteil.

Aufstieg des Flughafens „Ostmark“. Nach 10monatiger Abwesenheit lief der Flughafenpunkt der Deutschen Luft Hansa „Ostmark“ in den Bremer Häfen ein. Das Schiff, das in Borkum stationiert war, wird im Hafen der Weser u. G. gründlich überholt werden und dann Anfang Juni wieder nach Borkum auf Station gehen.

Dreifester Juwelenaus in Paris. Ein besonders dreifester Einbruch wurde von einer Pariser Bande mit einem gestohlenen Kraftwagen verübt. Eine sehr beliebte Pariser Straße luden sie vor einem Juwelengeschäft vor, wo einer der Einbrecher mit einem Hammer die Schaufensterscheibe des Geschäfts einschlug und vier Schmuckstücke im Wert von über 300 000 Franken an sich nahm. Wöhrenddessen fiel ein anderer die hinzuhellenden Straßenpavillons in Schach. Obwohl die Polizei sofort alarmiert wurde, konnten die Einbrecher mit ihrer Beute ungestört die Flucht ergreifen.

Eine ganze Familie fuhr in den Tod. Ein schweres Unglück, bei dem 5 Personen den Tod standen, ereignete sich bei Melun, in der Nähe von Paris. Ein Privatkraftwagen, in dem sich eine sechsläufige Familie befand, fuhr in voller Fahrt gegen einen LKW und ging völlig in Trümmer. Fünf Insassen waren aus der Stelle tot, die Mutter des Kindes wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Großer Textilfabrik niedergebrannt. In Lodz brannte eine große Textilfabrik, in der 500 Arbeiter beschäftigt standen, bis auf die Grundmauern nieder. Der Schaden wird auf mehr als eine Million Tausend geschätzt.

2½ Meter Schnee in den bosnischen Bergen. Das Unwetter, das seit einigen Wochen Jugoslawien heimsucht, hält noch immer an. Der Schaden geht bereits in die Millionen. Feuerwehrschiffe stehen seit es in Bosnien, wo der Schnee im Gebirge bis zu 2½ Meter hoch liegt. Die Wälder sind infolge Nahrungsarmut bis in die Dörfer vorgedrungen und haben in den Schäden schweren Schaden angerichtet.

Feuer auf amerikanischem Frachter. Wie aus Antofagasta in Chile gemeldet wird, brach dort auf dem im Hafen liegenden amerikanischen Frachter „Canaliam“ der Grace-Anie eine Feuerstelle aus. Auf Deck des Schiffes entstand ein Feuergefecht, bei dem zwei Matrosen schwer verletzt wurden. Dem Kapitän gelang es schließlich mit Hilfe von 10 Mannschftsmitgliedern, die zu ihm standen, die Oberhand über die Feuerstelle zu erlangen. Der Kapitän ließ 11 Matrosen unter Bewachung an Land führen.

Kohlenhausbewegung auf einer amerikanischen Bucht. In einer Facke in Westvirginia erfolgte eine Kohlenhausbewegung, durch die mehrere Stollen zerstört und 40 Bergleute verschüttet wurden. Bis jetzt wurden 21 Opfer der Explosion geborgen. 19 Arbeiter sind noch verschüttet. Es muß mit Sicherheit angenommen werden, daß auch diese in dem brennenden Stollen ums Leben gekommen sind. Die Rettungsarbeiten schreiten wegen des Feuers nur langsam vorwärts.

Zweite Reichsgartenschau in Essen

Eröffnung durch Reichsminister Darre

Die zweite Reichsgartenschau in Essen wurde mit einer großen Rebe des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Walther Darre, über die Bedeutung des deutschen Gartenbaus eröffnet. Der Minister wies darauf hin, daß das Jahr 1938 für den deutschen Gartenbau zwei Ereignisse bringt, die nicht nur den ganzen gärtnerischen Bereich des Reichs, sondern darüber hinaus weltweit Kreise unseres Volkes und der Weltwirtschaft angehen. Es sind dies die zweite Reichsgartenschau, die jetzt in Essen ihre Pforten öffnet, und der große 12. Internationale Gartenbaukongress, der im August in Berlin von der Reichsregierung veranstaltet wird und in Essen seinen Ausgang findet.

Der Minister sandte warme Worte der Anerkennung für die Stadt Essen, die durch die entscheidende Unterstützung der Reichsgartenschau zu diesen beiden großen Ereignissen einen wesentlichen Beitrag geleistet hat und durch einen planmäßigen Ausbau ihrer Gartenanlagen es ermöglicht hat, sich zum zweitenmal für eine allgemeine große Gartenbau zur Verfügung zu stellen. Im Zusammenhang damit führte der Minister u. a. aus:

Die Stadt Essen hat hierdurch nicht nur ihren Einwohnern und dem deutschen Gartenbau einen Dienst erwiesen, sie hat darüber hinaus durch ihr Beispiel allen Großstädten gezeigt, daß die Verbindung der Menschen zur Natur und zum Boden gehobt und gepflegt werden muß. Sie hat gezeigt, daß der Mensch und der Boden zusammengehören und der Gartenbau hierzu für den großen Teil unseres Volkes die Wege ebnet, dem anderen Möglichkeiten durch die Enge unseres Raumes verschlossen sind.

Zu wie starkem Maße der Gartenbau aus diesen tieferen Gründen Sache des ganzen Volkes ist, geht allein schon daraus hervor, daß von 17,5 Millionen Haushaltungen in Deutschland (ohne Österreich) 5,5 Millionen Haushaltungen über einen Kleingarten verfügen. In diesen Millionen von Kleingärten kann man auch immer wieder beobachten, wie aus den Beziehungen zwischen dem Menschen und dem Boden ein kulturelles Wollen erwächst, das in seinen Auswirkungen vielleicht manchmal primitiv, in seiner

Bedeutung für die Kultur unseres Volkes

aber keinesfalls unterschätzt werden darf. Diese Kleingärten sind nicht nur Kleingärten, die der Selbstversorgung vieler Familien mit Obst und Gemüse dienen und im Zeichen unserer Devotions natürlich besonders intensiv bewirtschaftet werden müssen, sie sind gleichzeitig Schmuck- und Tiergärten, die mit unendlicher Liebe und Sorgfalt bereitet werden. Aus diesen Kleingärten hält die Blume und die Tierwelt ihren Einzug auch in Wohnungen von Bevölkerungsschichten, die wirtschaftlich nicht in der Lage waren, sich regelmäßig Blumen anzutun, die sie zum Schmuck ihrer Wohnung oder zur Steigerung der Freude an Feiertagen gern in ihren vier Wänden sehen. Neben diesen Millionen, die über einen eigenen Kleingarten verfügen, hat das ganze Volk Anteil an dem, was uns der Gartenbau zur Verschönerung unseres Lebens schenkt. Blumen begleiten wohl jeden von uns auf den Höhepunkten des Lebens von der Wiege bis zum Grabe. Die Blume ist aber nicht nur aus dem Leben des einzelnen nicht wegzudenken, sie spielt auch im Leben der Volksgemeinschaft eine wichtige Rolle. Große Feiern der Gemeinschaft sind heute ohne Blumenschmuck in einer oder anderen Form nicht mehr zu denken. Ich erinnere hier auch an die großen Aufgaben, die dem Gartengärtner als Anwalt für den Staat und Landwirtschaftsamt gestellt sind, an die Grüngärten und Grünanlagen in den Städten, die häufig imuge der vorgegebenen Städtausstellungen noch mehr an Bedeutung gewinnen werden.

Der Nationalsozialismus hat aber auch durch die Werbung für die „Schönheit der Arbeit“ den Gartenbau in Bezug geführt, die ihm bisher verschlossen schienen. Gerade durch das Einbringen in den Alltag leistet der Gartenbau einen neuen, wesentlichen Beitrag zu dem kulturellen Leben unseres Volkes. Die Erzeugnisse des Gartenbaus spielen heute nicht nur an den Fest- und Feiertagen des einzelnen, der Familie und der Nation eine größere Rolle als früher, der Gartenbau ist auch eingesetzt worden, um den Alltag so freundlich wie möglich zu gestalten und unvermeidbare Härten zu mildern. So mancher Fabrikarbeiter, der früher öde und häßlich war, ist heute zu einer Grünanlage geworden, die die Ruhepause des Arbeiters wirklich zu einer Zeit der Entspannung und Erholung macht.

Hohe volkswirtschaftliche Leistungen

Zu der kulturellen Bedeutung des Gartenbaus für unser Volk kommt die nicht geringere volkswirtschaftliche Bedeutung. Dies erhöht sich nicht in der eindrucksvollen Höhe des Produktionswertes des Gartenbaus, der jahrl. auf rund eine Milliarde Reichsmark geschätzt wird. Doch klarer erkennt man die volkswirtschaftliche Bedeutung des deutschen Gartenbaus, wenn man feststellt, daß der deutsche erwerbsfähige Gemüseanbau und die Obstsorten nur etwa 1 v. H. der landwirtschaftlichen Ackerfläche des alten Reichsgebietes umfassen, wertmäßig aber mehr als 20 v. H. der gesamten pflanzlichen Erzeugung auf die Erzeugung von Obst und Gemüse entfallen. Nach den Erhebungen des Instituts für Konjunkturorschung betrug im Jahre 1936/37 der Erzeugungswert an Obst und Gemüse 965 Millionen RM., der Wert der gesamten landwirtschaftlichen pflanzlichen Erzeugung also einschließlich Obst und Gemüse, dagegen 4678 Millionen RM. Diese hohen Beiträge des Gartenbaus je Flächeneinheit können nur erreicht werden, weil der Gartenbau auf der gleichen Fläche sechzehn mal soviel Menschen beschäftigt wie der Ackerbau.

Wichtig für Ernährung und Gesundheit

Entscheidend für die volkswirtschaftliche Bedeutung des Gartenbaus ist aber schließlich sein Gewicht im Rahmen unserer Volksernährung. Wir wissen heute den hohen Wert zu würdigen, den das Obst und Gemüse für unsere Ernährung hat.

Wir wissen, daß Obst und Gemüse wichtig für die Volksgesundheit sind und deshalb dem deutschen Volk in wachsendem Maße zugestanden werden müssen. Die nationalsozialistische Agrarpolitik hat sich diesen Erfordernissen nicht verschlossen. Dabei hat auch die Tarifpolitik mitgewirkt, daß ein höherer Verzehr von inländischer Obst und Gemüse zu einer Verminderung des Verbrauchs solcher Lebensmittel führt, die wir bisher nicht in ausreichender Menge selbst erzeugen. Dies gilt zum Beispiel für die planmäßige von uns betriebene Umlagerung des

Verbrauchs von Fett auf den Verbrauch von Marmelade. Ins folgedessen haben wir die Erzeugung im Gartenbau ebenso wie in der Landwirtschaft nach Kräften gefordert.

Trotz größter Schwierigkeiten, die gerade im Gartenbau aus natürlichen Gründen zu überwinden sind, blieben die Verfolge nicht aus. Es gelang, einen fast steigenden Verbrauch an Obst und Gemüse im wachsenden Maße aus inländischer Erzeugung zu befriedigen. Obwohl im Jahre 1937 mit 2,8 Millionen Tonnen Obst (ohne Süßfrüchte) 718 000 Tonnen oder 24 v. H. mehr verbraucht wurden als im Jahre 1936, deuten wir unseren Obstbedarf im Jahre 1937 zu 89 v. H. aus inländischer Erzeugung gegen einen Inlandanteil von nur 75 v. H. an der Versorgung im Jahre 1932. Der Verbrauch an Gemüse erhöhte sich von 1932 bis 1937 um 464 000 Tonnen oder 15 v. H. auf 3 533 000 Tonnen. Gleichzeitig stieg der Anteil der Inlandserzeugung am Gesamtverbrauch von 91 v. H. auf 94 v. H.

Diese für unsere Volksernährung erfreuliche Entwicklung wäre niemals möglich gewesen, wenn wir nicht zunächst dem deutschen Gartenbau seine Existenzgrundlage wiedergegeben hätten. Der Nationalsozialismus handelt hier bei der Nachübernahme völlig zertifizierte Verhältnisse vor. Zu einem unregelbaren Anbau, zu zerstreuten inneren Marktverhältnissen kam eine ungehemmte Einfuhr, die alljährlich ständig den gesamten Inlandsmarkt oder einzelne Marktgebiete mit Waren zu Preisen überschwemmte, die den Absatz der deutschen Erzeugnisse einschließlich unmöglich machen. Es gab Jahre, in denen wegen des Überbruchs der ausländischen Erzeugnisse große Teile der Ernte nicht geerntet wurden, weil der erzielte Erlös die Pflichtlasten nicht mehr einbrachte. Durch Markt- und Einkaufsregelung sind diese Verhältnisse beseitigt worden.

Der deutsche Gartenbau wurde gereitet

Der Wert der Erzeugung an Obst und Gemüse ist von 503 Mill. RM. im Wirtschaftsjahr 1932/33 auf 965 Mill. RM. im Jahre 1936/37, also um 367 Mill. RM. gestiegen. Im Jahre 1937 gelang es, durch ein planvolles Zusammenwirken von Marktordnung und Werbung eine Riesenabschöpfung von 18,6 Mill. Doppeljetzten zu bewirken. In früheren Zeiten wäre ein solcher Aufschwung zum Untergang für alle Apfelzüchter geworden. Technisch war es mit der Reformierung des Obstes, die uns das Jahr 1936 brachte. Damals gelang es, zusätzlich zu dem üblichen Verbrauch allein im Herbst 1936 rund 25 Mill. Zentner Rot-, Weiß- und Birnenobst abzusetzen. Im April 1937 erfolgte ein weiterer zufälliger Weißobstabsatz von 400 000 Zentner. Nur durch das Eingreifen der Marktregelung war es im Jahre 1936/37 möglich zusätzlich 1 Mill. Zentner Obst zu Sauerkraut einzuschöpfen. Es besteht gar kein Zweifel, daß ohne die Marktregelung damals ein vollständiger Zusammenbruch des Obstmarktes und ein riesiger Verderb von Obst eingerettet wäre. Dem Obstbau wurden ganz neue Abbaumöglichkeiten durch die Marmelade verbilligt. Gleichzeitig legte ein intensiver Pflanzensuchdienst ein. Dieser erreichte im Alter Land bei Hamburg, einem unserer größten Anbaugebiete, nummerne hintereinander bereits 6 Pflanzten.

Die nationalsozialistische Agrarpolitik hat ferner eine Fülle von Maßnahmen getroffen, um in der Zukunft die Erzeugnisse des Obstes und Gemüses beim wachsenden Bedarf entsprechend zu steigern. Dabei ist allerdings einer spekulativen Ausdehnung der Anbauflächen für Gemüse entgegengestritten und mehr auf eine Steigerung der Erträge auf den vorhandenen Flächen hingearbeitet worden. Zur Förderung der Obstzüchtung wurden mit Unterstützung des Reichs von 1934 bis 1937 2 820 000 Obstbäume neu gepflanzt. 234 000 Obstbäume wurden mit 4 340 000 Propolisböden veredelt. Gleichzeitig legte ein intensiver Pflanzensuchdienst ein. Dieser erreichte im Alter Land bei Hamburg, einem unserer größten Anbaugebiete, nummerne hintereinander bereits 6 Pflanzten.

Gerechter Ausgleich

Die nationalsozialistische Agrarpolitik hat also auch auf dem Gebiete des Gartenbaus Erfolge aufzuweisen, die sich sehen lassen können. Nun wird vielleicht von dem deutschen Gartenbau verlangt, daß er seine Erzeugnisse zu wesentlich niedrigeren Preisen an den Markt bringt, als dies in den letzten Jahren der Fall war. Diese Forderung ist zwar vom Standpunkt des Verbrauchers verständlich, sie übersteigt aber, doch es in Deutschland unmöglich ist, Obst und Gemüse zu den Bedingungen an den Markt zu bringen, zu denen dies andere, vom Klima nicht begünstigte Länder können. Der deutsche Gartenbau mußte schon im Jahre 1933 16,2 Mill. Quadratmeter seiner Fläche unter Glas haben, um durch künstliche Verlängerung der Wachstumsperiode dem Bedarf entsprechend zu können. Ein 15 Mill. RM. muß der deutsche Gartenbau jährlich an Holzmaterial für seine Gewächshäuser ausgeben. Alles dies sind Kosten, die der Gartenbau anderer Länder nicht zu tragen hat, weil er dank des günstigeren Klimas allein mit Freilandkulturen sein Ziel erreicht. Schließlich muss auch darauf hingewiesen werden, daß die Zölle, die der deutsche Erwerbsgartenbau zu zahlen hat, dank des höheren Lebensstandards unseres Volkes erheblich höher sind als in anderen Ländern. Hinzu kommt, daß das ungünstigere Klima in Deutschland im Gartenbau oft Ernteschwierigkeiten um 100 bis 150 v. H. herbeiführt. In einer Frostnacht kann die Ernte eines ganzen Jahres vernichtet werden. Alle diese Faktoren muß der Verbraucher berücksichtigen, wenn er über die Obst- und Gemüsepreise urteilt.

Das schließt nicht aus, daß der Reichsaufstand nicht unverzagt lassen wird, um durch künstliche Verbesserung der Produktionsmethoden eine Verbilligung der Obst- und Gemüseerzeugung unserer Städte zu erreichen. Dieses Streben darf jedoch niemals zur Erhöhung der Lebensgrundlage des deutschen Gartenbaus führen, weil mit ihm unsere Versorgung mit Obst und Gemüse erschöpft werden würde. Die Marktordnung wird demnach auch bei Gartenbau-Erzeugnissen so wie bei allen anderen Lebensmitteln in der Preisgestaltung immer einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Erzeuger und der Verbraucher aufrechterhalten müssen.

Gleichmäßiger und besser

Daneben wird es Ziel des deutschen Gartenbaus sein und bleiben müssen, unter Überwindung der natürlichen Schwierigkeiten die Versorgung unseres Volkes mit Obst und Gemüse aus eigener Erzeugung immer gleichmäßiger und qualitativ besser zu gestalten. Je gleichmäßiger die Anlieferung von Obst und Gemüse an den Markt ist, desto größer wird der Gesamtabsatz mit der Zeit werden und damit desto sicherer wird die Existenz des deutschen Gartenbaus. Auf der anderen Seite muß der Verbraucher begreifen, daß die Erzeugung von Obst und Gemüse kostspielige Jahreszeitlücken schwanken unterworfen ist, die durch Menschenhand

nicht befähigt werden können. Welchen in den letzten Jahren durchgeführten Werbemaßnahmen zur Unterdrückung plötzlich auftretender Überschüsse an Gartendauprodukt haben wir gesehen, daß der deutsche Verbraucher bereit ist, sich diesem Bedürfnis der Erzeuger anzupassen. Diese Anpassung muß nur noch selbstverständlich und natürlicher werden.

Neues großes Tarifwerk

Einheitliche Arbeitsbedingungen für den öffentlichen Dienst.

Am 1. April 1938 treten die vom Reichstreuhänder für den öffentlichen Dienst erlassenen und vom Reichsarbeitsminister im Reichsarbeitsblatt Nr. 12 vom 25. April 1938 veröffentlichten drei großen Tarifordnungen für den öffentlichen Dienst in Kraft, durch die die Arbeitsbedingungen aller Gesellschaftsmitglieder des öffentlichen Dienstes in ganz Deutschland — ausgenommen das Land Ostpreußen — zum erstenmal einer einheitlichen Regelung unterstellt werden.

Die Bedeutung dieser Tarifordnungen liegt einmal in dem Grundsätzlichen Einheitstarife des Reichs, der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände usw. durch ein einziges großes Tarifwerk. Die dem öffentlichen Dienst in besonderem Maße zum Nutzen von Volk und Staat gestellte hohe Aufgabe verpflichtet zur vorbildlichen Erfüllung der Dienstpflichten und zu einem der öffentlichen Stellung angemessenen Verhalten in und außer dem Dienst. Dieses Treueverhältnis findet in dem vorgeschriebenen Gelöbnis auf den obersten Repräsentanten Volk, Volk und Staat, den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler, seinen seierlichen Ausdruck.

Auswirkungen des Treueprinzips

Die zweite große Bedeutung des neuen Tarifwerks liegt in einer grundsätzlichen Neuregelung der Arbeitsbedingungen des öffentlichen Dienstes im Geiste der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Der öffentliche Dienst gilt als eine Einheit. Als Dienstheit gilt jede Tätigkeits im Bereich der öffentlichen Hand, gleichviel in welchem Verhältnis, ob als Beamter, Angestellter oder Arbeiter, und in welchem Dienstzweige, ob beim Reich, einem Lande, bei einer Gemeinde usw. sie verbracht ist. Dementsprechend wird auch die Kriegsdienstzeit, die Militär- und Arbeitsdienstzeit einschließlich der Übungen auf die Dienstzeit angerechnet. Weitere Auswirkungen des Treueprinzips sind die Verlängerungen der Rüstungsfristen und die Einführung der Unfunkbarkeit nach 25 Dienstjahren sowie die Dienstzeitzulagen und das Treugeld.

Neu eingeführt ist eine zusätzliche Wochenhilfe für weibliche Gesellschaftsmitglieder, ein erhöhter Urlaub für Jugendliche und eine Erhöhung der Kinderzuschläge. Den im Krieg und im Freiheitskampf der Bewegung in ihrer Gesundheit Geschädigten werden auch bei verminderter Leistungsfähigkeit die vollen Dienstbezüge gewährt; ihrem erhöhten Erholungsbedürfnis ist durch einen Zusatzurlaub Rechnung getragen.

Schließlich hat der Reichstreuhänder für den öffentlichen Dienst auch eine Nachprüfung der die örtliche Lohnhöhe regelnden Ortslohnstaffeln mit dem Ziel einer Neuordnung in die Wege geleitet, die aber zur Zeit wegen der erforderlichen umfangreichen Feststellungen noch nicht abgeschlossen ist.

So bringt das neue große Tarifwerk die einheitliche Ausrichtung auf dem wichtigen Sondergebiet des öffentlichen Dienstes und hebt zugleich den Lebensstand der mehr als hunderttausend im öffentlichen Dienst Schaffenden auf die Höhe, die im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Gesamtvolkes zur Zeit erreichbar ist.

Sonderregelung für einzelne Dienstzweige

Soweit über den Geltungsbereich der Tarifordnungen hinaus für einzelne Dienstzweige, wie z. B. Bahnen, Forsten, Schifffahrt, Krankenanstalten usw. Sonderregelungen getroffen sind, sind sie vom Reichstreuhänder bereits erlassen oder werden in nächster Zeit erlassen werden. So enthält die Tarifordnung für Gesellschaftsmitglieder der Staatsverwaltung in wichtigen Verbesse rungen der allgemeinen Arbeitsbedingungen. Unter anderem erfüllt sie die Wünsche der Waldarbeiter nach einem nunmehr allgemein zu zahlenden Kindergeld und bestimmt, daß zu Weihnachten ein Betrag von 8 RM. für jedes Kind gesetzt wird. Auch ein ausreichender Urlaub, der für Jugendliche bis zu 18 Tagen beträgt und bei Erwachsenen von 6 bis zu gleichfalls 18 Tagen gestaffelt ist, ist in der Tarifordnung verankert. Hinzu kommen Bestimmungen über Weiterzahlung des Lohnes bei Arbeitsversäumnis und über Krankenbezüge.

Durch eine einheitliche Straßenbahntarifordnung sind nunmehr alle nicht reichseigenen Bahnen — Straßen- und Kleinbahnen — in die Neuregelung der Arbeitsbedingungen des öffentlichen Dienstes einbezogen. Damit ist zum erstenmal für die gesamte Arbeiterschaft der deutschen Straßenbahnen ein einheitlicher Tarif geschaffen.

Dr. Raumann zum Ministerialrat ernannt

Der Führer und Reichskanzler hat den persönlichen Referenten des Reichsministers Dr. Goebbels, Oberbürgermeister Dr. Raumann, zum Ministerialrat ernannt.

Irland-Bertrag unterzeichnet

Der englisch-irische Bertrag wurde im Anschluß an eine leichte Auseinandersetzung zwischen dem irischen Ministerpräsidenten de Valera und dem Dominionminister MacDonald im Hause des Premierministers unterzeichnet.

Das englisch-irische Abkommen

Das in London unterzeichnete englisch-irische Abkommen umfaßt eine Regelung von drei Fragen.

1. Das Verteidigungsbündnis steht vor, daß die britische Regierung das Eigentum und die Rechte der britischen Admiralität in den irischen Häfen Dorehaven, Queenstown und Lough Swilly der irischen Regierung zurückgibt. Die Übergabe soll bis zum 31. Dezember d. J. erfolgen.

2. Das Finanzabkommen sieht u. a. mit einer Zabung von 10 Millionen Pfund an England mit der Ab-

Prags Verantwortung

"Das tschechische Volk hatte zwanzig Jahre lang Zeit, die inneren Verhältnisse des Staates zur Zufriedenheit aller Völker zu gestalten. Am Ende dieser zwanzig Jahre muß jedoch gesagt werden, daß seine Staatsmänner noch drei Seiten hin nicht erfüllt haben, was man von ihnen hätte erwarten müssen."

Konrad Henlein in Karlsbad am 24. April 1938.

Die Tschechoslowakei schickt sich an, Vorbereitungen für die Staatsfeiern anlässlich ihres 20jährigen Bestehens zu treffen. Der tschechoslowakische Staat verdankt seine Existenz bekanntlich den Versailler Machtadern, die nach 1918 glaubten, der Welt einen Frieden vorzehren zu können, nach welchem sich für alle Zukunft Staaten und Völker zu richten hätten. Was sollte nach den Wilsonschen vierzehn Punkten Grundlage und Voraussetzung dieses Friedens das Selbstbestimmungsrecht der Völker sein. Diesen Grundfaß schuf man aber mit leichter Hand und grober Gewissenlosigkeit beiseite. Völker und Volkssteile wurden wie Figuren auf dem Schachbrett verschoben, wann und wo das Interesse oder die politische Geschicklichkeit des einen oder anderen Staates es für zweckmäßig hielt. Die Folge davon war eine Verstümmelung Deutschlands und eine europäische Staatenfarce, die das politische wie das wirtschaftliche Gleichgewicht beseitigte und für wirtschaftliche Entwicklungen keinen Raum ließ.

Besonders grotesk war damals die Schaffung der Tschechoslowakei, bei welcher der ausschlaggebende Faktor die Unkenntnis Wilsons über die geographische Lage und die politischen Verhältnisse des neu zu schaffenden Staatengebildes war. Man schuf ein neues Staatengebilde, ohne sich darüber Gewissensbisse zu machen, daß das führende Staatsvolk, die Tschechen, in den Grenzen dieser neuen Staatschöpfung ein Minderheitenvolk darstellen. Die Verfaßter Großmächte traten jedoch als Taufpaten auf, und bei der gesamteuropäischen Lage von damals konnte es kaum überraschen, daß dieser Papierfriede von Verfaßtes ohne große Aufregung in der Welt als Grundelement des Nachkriegsfriedens angenommen wurde. Da man außerdem zur Sicherung der Verfaßter Entscheidung die Genfer Liga ins Leben rief, so regte sich in der Welt niemand darüber auf, ob nun das, was man in Versailles "Frieden" nannte, auch wirklich Frieden bedeutete. Man ist auch mit Stillschweigen über die Tatfrage hinweggegangen, daß bei der Proklamierung der sogenannten Tschechoslowakei dreieinhalb Millionen deutsche Volksgenossen einem Staat einverlebt wurden, die weder nach ihrem Willen befragt noch um ihr Einverständnis ersucht wurden.

Auf der diesjährigen Hauptversammlung der Sudeten-

deutschen Partei in Karlsbad hat Konrad Henlein vor dem Völker eine Darstellung der innerpolitischen Verhältnisse der Tschechoslowakei gegeben und festgestellt, daß dieser Staat von den drei Verpflichtungen, die er bei seiner Gründung den ihm zugewiesenen einzelnen nichttschechischen Volksgruppen feierlich übernommen hat, nicht eine erfüllt hat. Das die Staatsgewalt ausübende tschechische Volk hat von Anfang an die ihm unterstehenden übrigen Volksgruppen unterdrückt, entrichtet, terrorisiert und sie in die Rolle eines Sklavenvolkes hineingebracht. Das Sudetendeutsche Volkstum hat sich in diesen zwanzig Jahren bemüht, in ein erträgliches Verhältnis zum Staat und zum tschechischen Staatsvolk zu kommen. Alle Versuche sind an den Machtgünstigen, dem Unterdrückungswillen und dem Terror der Gewalthaber gescheitert. Die Genfer Liga, die nach ihrem Statut verpflichtet war und ist, den Schutz der Minderheiten zu gewährleisten, hat nichts unternommen, um diese unabbaubaren Zustände in der Tschechoslowakei zu beseitigen. Auch die Großmächte, die Taufpaten des tschechischen Staates, haben nicht in einem Falle sich ihrer Verpflichtungen erinnert, die sie mit der Gründung dieses Staates übernommen hatten.

Die Hoffnung der Tschechen, das sudetendeutsche Volkstum durch Unterdrückung und Terror mürbe und widerstandslos zu machen, haben getrogen: Je stärker der Druck der Tschechen wurde, um so fester wurde der Wille des sudetendeutschen Volkstums, keiner Gewalt nachzugeben, sondern sich auf das Menschenrecht zu berufen, das sich auf Blut, Auster und Sprache gründet. Das Sudetenthum hat in den zwanzig Jahren immer und immer wieder seine Rechte verteidigt, immer waren der tschechische Stammknappe, das Gefängnis, die Entziehung und Enteignung die Antwort. Jetzt ist das Mal voll. Konrad Henlein hat im Namen der gelebten dreieinhalb Millionen des sudetendeutschen Volkstums acht Punkte einer neuen Ordnung aufgestellt und dem Staat zur Stellungnahme unterbreitet. Was in diesen Punkten enthalten ist, ist nichts weiter als die Auflistung eines Rechtsanspruchs, wie er bei der Gründung des tschechischen Staates zugesichert und angekündigt wurde. Es ist bezeichnend, daß heute die tschechische Presse übereinstimmend diesen Vorwürfen ein "Niemals" entgegenstellt. Man ist sich hoffentlich heute in Prag darüber im klaren, daß von der Entscheidung, die die staatlichen Organe zu dieser von Konrad Henlein aufgestellten Staats- und Rechtsordnung treffen werden, viel, unter Umständen alles für die künftige Entwicklung der Tschechoslowakei abhängt. Heute gilt es, ein Wort einzulösen, das man einstens vor der Welt abgelegt hat.

schaffung der Sonderzölle eine völlige Beseitigung der Kampfmaßnahmen auf beiden Seiten vor.

3. Das Handelsabkommen bringt an Stelle der bisherigen Handelsregelung Maßnahmen, die der Vorzugsbehandlung der Dominien durch Großbritannien entsprechen.

Nichteinmischung Finnland überge stellt

Die Hauptuntersuchungsausschüsse in London am Montag beschließen ausführlich mit der dringend gewordenen Frage der Finanzierung des Nichteinmischungsausschusses und des Kontrollapparates. In der Ausschüfung erklären sich Unterstaatssekretär Woermann für Deutschland und die Vertreter Italiens und Großbritanniens bereit, die fälligen Voraustrahlungen zu leisten. Der Sekretär des Ausschusses stellte fest, daß damit das Weiterarbeiten des Ausschusses sichergestellt sei.

In der Sitzung erklärte zunächst der Sekretär des Ausschusses, daß die Schwierigkeiten auf die Begehrung Sowjetruhlands im Oktober v. J. weitere Beitragsszahlungen zu leisten, zurückzuführen seien.

London protestiert in Moskau

Wegen Verhaftung einer britischen Staatsangehörigen.

Neuter meldet aus Moskau, daß der britische Botschafter namens der englischen Regierung beim Sowjetaußenminister wegen der Inhaftierung einer britischen Staatsangehörigen vorstellig geworden ist. Diese ist seit acht Monaten in Sowjetgefangenschaft unter "Spionage Verdacht" ohne daß man ihr bisher das "Verschären gemacht hat.

Die Schlacht bei Hsütschau

Kriegsbericht Tschiangkaikaisch an der Südschaltungfront.

Marschall Tschiangkaikaisch hielt am Wochenende in Hsütschau eine Konferenz mit den höchsten chinesischen Kommandeuren der Südschaltungfront ab. Der Kriegsrat beschloß den Einsatz aller im Raum von Hsütschau konzentrierten chinesischen Streitkräfte. Nach Ansicht militärischer Kreise Chinas wird die große Schlacht bei Hsütschau über das Schicksal von Südschaltung und Nordlangfu entscheiden und für den weiteren Fortgang der chinesisch-japanischen Feindseligkeiten von wesentlichen Einfluß sein.

Der Sonntag entwickelte sich zum Großkampftag auf der ganzen halbkreisförmig zwischen Linien und Yütschen verlaufenden Front. Besonders erbitterte Kämpfe fanden südwestlich von Linien statt, wo japanische Truppen die chinesische Front in Richtung auf Tschengtu durchbrechen versuchten. Die Spannung in Hsütschau über die Entwicklung der Kämpfe an der Südschaltungfront ist auf das höchste gestiegen.

Japanische Offensive gegen Hankau

Inzwischen haben die Japaner zu einem neuen großen Schlag gegen China ausgeholt. Unter Mitwirkung der Yangtse-Streitkräfte und des japanischen Marinekontingents landeten die Japaner am Sonntag Truppenverbände auf dem linken Ufer des Yangtse bei Hohsi en 60 Kilometer von Nanking entfernt und besiegten das westwärts liegende Hsütschau. Die Japaner stehen damit an der Straße, die nach Chaochien führt, halbiwegs an der Wuhan-Tschien-Hessenbahn. Ihr Standort liegt noch 180 Kilometer nördlich von Hsütschau entfernt. Da-

dieser Weg eine Unmarschstraße nach Hankau ist, aber die Stärke der gelandeten japanischen Truppen noch nicht bekannt ist, kann über die Bedeutung dieser Bewegung noch nichts gesagt werden. Doch wird diese militärische Operation stark beachtet, da sie möglicherweise der wichtige Teil einer neu eingeschlagenen japanischen Offensive gegen die chinesische Hauptmacht mit dem Ziel Hankau bedeutet.

Stalins Verfolgungswahn

Der letzte Trumpf: "Staatsfeinde im Talar."

Nach der "Reinigung" der Verwaltung, der Diplomatie, der Roten Armee und der Flotte wirkt sich die GPU-Stalins jetzt auf die Orthodoxe Kirche. Im Zusammenhang mit der "Antistalin-Kampagne", deren sich die Sowjet-Presse und Gottloben propagieren in diesem Jahre besonders beteiligte, sind neue Massenverhaftungen von Bischöfen, Priestern und Gläubigen in Moskau und Umgebung vorgenommen worden.

Die Zeitung "Rabotshaja Moskva" meldet, daß in Moskau unlängst eine weitere "gegenrevolutionäre Organisation von Gläubigen" ausgehoben worden sei, deren Mitglieder sämlich verhaftet wurden. An der Spitze dieser "Organisation" hätten der Moskauer Erzbischof A. und der Bischof D. gestanden; ferner werden noch 22 Namen von "Staatsfeinden im Talar" aufgezählt. Das Blatt gibt jedoch zu verstehen, daß außer den benannten zahlreiche weitere Verhaftungen unter Priestern und Gläubigen vorgenommen wurden.

Den Opfern dieser neuen Aktion der GPU gegen die Anhänger der Orthodoxen Kirche würden, so teilt das Blatt mit, konterrevolutionäre Agitation, Verbreitung provokatorischer Gerüchte, Sabotageakte und Spionage (I) zur Last gelegt. Die Gläubigen hätten nach ihrer Verhaftung "gestanden", ein ganzes Spionagenetz, ja sogar terroristische Gruppen, gebildet zu haben.

Mit einem ähnlichen Artikel tritt die Moskauer Zeitung "Tschud" hervor. Darin wird bemerkt, daß auch in sonstigen Gebieten der Sowjetunion, so vor allem in den Bezirken von Nowosibirsk, Wjatska und Rjassja-Rogowgorod, neue Verhaftungsaktionen gegen die Kirchenanhänger vorgenommen wurden. U. a. berichtet das Blatt, daß zwei weitere Bischöfe, der Bischof Abramoff in Rjaschan und der Bischof Jewstoch in Tschikent, wegen "Spionage" und Anstiftung zu Sabotageakten verhaftet wurden. Die Schweren der gegen die unglücklichen Opfer der Kirchenverfolgung erhobenen künftigen Anschuldigungen läßt erkennen, was für ein Schicksal ihnen bevorsteht.

Die Londoner Presse bringt ausführliche Meldungen über die neuesten Opfer Stalins und stellt fest, daß mit den letzten Verhaftungen von Patriarchen, Erzbischöfen und Bischöfen die Zahl der verhafteten Priester, die in den letzten Wochen ins Gefängnis geworfen worden seien, auf nicht weniger als 192 steige.

Leibesdurchsuchung aller Moskau-Estellenden

Die Warschauer Zeitung "Ehren Vorwahl" meldet, daß in letzter Zeit Reisende, die sich aus verschiedenen Teilen der Sowjetunion nach Moskau begeben, dort einer genauen Leibesdurchsuchung von Seiten der GPU unterzogen werden, bevor sie den Zug verlassen dürfen. In jedem Wagen sei ein besonderes Abteil für diese Leibesdurchsuchungen bestimmt.

Das Warschauer Blatt weiß weiter zu melden, daß in letzter Zeit in Moskau massenhafte Verhaftungen vorgenommen worden sind,

Die Si

Bei d

Motorgru

Sieger in

Welt

Kraft

Mannsc

raus;

sen (Kre

Eiserne I

(Selbst:

dalle: He

Werniger

cotta, R

Altemer-

Kraf

Medaille

Länge, T

denie We

bach, R

Stein, R

Götter-N

nis, R

Rüdiger-D

Blaschau

Kraf

zelle h

rich

dt. Dres

Stadt

Eiserne

Verfe

Goldene

</div

Der erste Damm gegen die rote Flut

Deutsche Truppen unterstützen Finnland im Kampf
gegen die Bolschewiken / Im Rücken des Feindes gelandet / Helsinki und Südfinnland von der Ostseedivision befreit

Die Stärke der deutschen Division, die unter dem General Graf von der Goltz im Frühjahr 1918 nach Finnland entsandt wurde, um den Freiheitskampf der Finnen gegen die Bolschewiken zu unterstützen, betrug knapp 9000 Mann. Fürwahr eine schwache Streitmacht, gemessen an dem gewaltigen Einfall Deutschlands gegen Franzosen und Engländer. Im großen Rahmen der Ereignisse des letzten Kriegsjahres und verglichen mit den Gewaltschlägen an der Westfront waren die Vorgänge in Finnland, wie vorher die Befreiung von Estland und Ostland, Aktionen auf einem Nebenkriegsschauplatz. Und doch kommt ihnen größere Bedeutung zu, denn der Freiheitskampf der Finnen war die erste blutige Reaktion gegen die Terrorherrschaft der Bolschewiken, und die Kämpfe der Division von der Goltz an der Seite der Finnen schufen den ersten festen Damm gegen die rote Flut aus dem Osten.

Die rote Flut

In Finnland machte sich nach dem Ausbruch der russischen Revolution im Frühjahr 1917 eine starke Bewegung für die Unabhängigkeit des ehemaligen Großfürstentums bemerkbar. Die Kerenski-Regierung lehnte jedoch die Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands ab. Noch fehlten die Voraussetzungen für eine gewollte Erhebung: Waffen, Munition und ausgebildete Mannschaften. Finnland suchte deshalb Unterstützung im Ausland, und zwar bei Deutschland. Daß es von Deutschland Hilfe erwartete, erklärte sich aus der Freundschaft, die zwischen Finnland und Deutschland von jeder bestand, schließlich aber auch aus der Tatsache, daß Aufstand der Feind Deutschlands ebenso wie der Feind Finnlands war. Kämpften doch während des Krieges auf deutscher Seite Finnen gegen Russland, und wurde doch nach dem Ausbruch der russischen Revolution das Jägerbataillon 27 lediglich aus Finnen zusammengestellt, das an der Ostfront gegen die Russen kämpft. Die ersten Verhandlungen hatten außer Waffenlieferungen die Überübertragung dieses Bataillons nach Finnland zum Ziel, es sollte hier als Stamm-

schwader bestehen aus den Linienschiffen „Rheinland“, „Westfalen“ und „Posen“ aus einigen kleinen Kreuzern und Torpedoboote Minenfischern und Räumbootes und schließlich Eisbrechern. Trotz der Minengefahr mußte Admiral Meurer wieder die Linienschiffe an die Spieße setzen, um schwierige Eisbarrieren zu überwinden. Vier Tage dauerte die Fahrt durch das vom Eis blockierte und von Minen verunreinigte Fahrwasser.

Am 5. März stand das Geschwader vor Eckerd auf den Alandsinseln, und am nächsten Tag wurden ein Jägerbataillon und eine Radfahrkompanie über das Eis an Land gesetzt. In schnelligem Vormarsch besetzten sie das ihnen von den Schweden zugewiesene Gebiet. Russische Dampfer mit der roten Flagge wurden genommen, die Bolschewisten entwaffnet und über das Eis nach Vibau abgeschoben. In Eckerd richtete das Geschwader einen Stützpunkt mit Linienschiffen und Eisbrecherdienst ein, und während die Landungsabteilung aus den breiten Finnen unter finnischer Führung eine Abteilung bildete, ging das Geschwader wieder nach Danzig in See. Der Vorstoß verlief nicht ohne Verluste, denn ein Eisbrecher fuhr auf eine festgestorene Mine und wurde in Stücke gerissen, und das Linienschiff „Rheinland“ strandete im Eis und fiel für das weitere Unternehmen aus.

In Danzig war inzwischen die Ostseedivision gebildet worden. Sie bestand aus drei Kavallerie-Schützenregimenten, drei Jägerbataillonen, fünf Radfahrkompanien, zwei Gebirgs-Maschinengewehrabteilungen, einer Gebirgs-Heldartillerieabteilung und zwei schweren Batterien, außerdem technischen Truppen. General Mannerheim drängte am 20. März auf beschleunigte Heranführung der Division. So gab die Oberste Heeresleitung am 24. März den Befehl, so schnell wie möglich auszulaufen. Obwohl die Division zur Verlobung bereit stand, verzögerte sich doch die Überführung nach Hangö, dem einzigen eisfreien Hafen an der finnischen Südküste. Endlich am 1. April ging die Flotte von Danzig aus in See, geleitet von Minenfischern und Eisbrechern und geführter von den Linien-



Während der Kälteschlag immer weiter nach Norden ausgriff und selbst die See-Engen überwand und während andere Abteilungen nach Westen gegen Åbo fuhren, ließ das Großwetter auf Helsinki. Helsinki war während des Krieges als Festung besonders stark ausgebaut worden. Seine Werke waren zum Teil in Helsinki eingesprengt. Selbst nur von Roten Garde befiehlt, bedeuten ließ für die schwachen deutschen Kräfte eine schwere Gefahr, wenn die Roten kämpften. Sie hatten zwar noch bei Domå und Åberga Widerstand geleistet, aber General Graf von der Goltz wußte, daß sich ein Teil der roten Führer bereits nach Viborg in Sicherheit gebracht hatte. So teilte er dem Sonderverband der Marine mit, daß er am 11. April vor Helsinki eintreffen werde. In Helsinki befand sich noch ein Teil der Roten Flotte, die nach dem inzwischen mit den Bolschewiken für Russland abgeschlossenen Frieden, Vertrag nach Petersburg zurückkehrte. Würden die Schiffe in den Kampf eingreifen? In einem zwischen dem Sonderverband und den Bolschewiken unterzeichneten Abkommen hatten sich die Bolschewiken verpflichtet, alle Schiffe und Küstenbefestigungen zu entwaffnen und beim Erscheinen des deutschen Geschwaders eine rot-weiße Flagge zu führen, zum Zeichen, daß sie keinen Widerstand leisten würden. Es war die Frage, ob die Bolschewiken das Abkommen einhalten würden.

Helsinki und Finnland befreit

Am 11. April schoß General Graf von der Goltz die Division in die Angriffsstellung gegen Helsinki vor. Die Roten sahen in den vorbereiteten Stellungen Vorfälle gegen die flankierenden Maschinengewehrmeister brachten erhebliche Verluste. Der Angriff gegen die unerhörten Hindernisse wäre unter normalen Verhältnissen unmöglich gewesen, aber der General sah im Vertrauen auf die Minderwertigkeit des Gegners den Erfolg, irgendwie durchzuführen. Als gerade der Angriff beginnen sollte, erschienen Parlamentäre der Roten, die um 24 Stunden Bedenkzeit für die roten Führer batzen. Bei Stunden wurden ihnen bemüht, und als am Nachmittag die Antwort der Roten ausblieb, stürmten die Kavallerie-Schützen und Jäger die Vorstellungen und drangen in die Hauptbefestigungen ein. Schürgrotten, die in den Fels gesprengt und durch Betonbauten noch verläßlich waren, hatte der Gegner ausgegeben, davor lagen neun Reihen Trabthindernis und 600 Meter rückwärts eine zweite und leichtlasse Stellung. Vorn geworfen und in der Flanke umgangen, zogen sich die Roten fluchtartig zurück. Schwere Artillerie wurde preisgegeben. Als die Dantelbatterie bereitstand, hatte die Spieße den Vorort Åbo (Voplos) erreicht. Um unnötige Verluste in Straßenkämpfen zu vermeiden, wurde die endgültige Belagerung auf den nächsten Tag verschoben.

In der Nacht zum 12. April lagen vom Sonderverband der Marine, nachdem sie die Eisgrenze durchbrochen, die Linienschiffe „Westfalen“, „Posen“ und „Borouw“ im Nebel vor der Küste nach Helsinki. Auf den russischen Schiffen und auf den Küstenbefestigungen wehte die rot-weiße Flagge. Nur zum Glück fuhr die Flotte in den Hafen. Eine Landungsabteilung kam im Laufe des Tages an Land gesetzt und griff in die Straßenkämpfe ein, die sich nach der Belagerung der Stadt durch die Ostseedivision entwickelt hatten. Am Haupteingang mag ein Bierfest nach dem anderen gefeiert werden. Maschinengewehr- und Gewehretrupp schlug aus allen Richtungen auf die Deutschen ein. In der Nacht wurden die Widerstandsnester mit Handgranaten gesäubert. Angehörige der Weißen Garde, die zu Hunderten von den Roten in Käfern und Sälen festgehalten wurden, konnten befreit werden und griffen zur Unterstützung der Deutschen in den Kampf ein. Noch bis zum Abend des 13. April hielten sich im Nordteil der Stadt die Roten, bis sie von der Divisionsartillerie und den Minensuchbooten unter Feuer genommen, die weiße Fahne hielten. Am Abend war Helsinki von dem roten Terror befreit, und am 14. April kam der Dank der Finnen zum Ausdruck, als die im Kampf um die Stadt gefallenen deutschen Soldaten bestattet wurden.

Die Befreiung Helsinki war eine Aufgabe der Ostseedivision, aber nicht die einzige. Noch standen im Norden längs der Bahn Lahti–Hilimäki die Roten gegen General Mannerheim. Schon am 7. April landete bei Loviis zur Flankendeckung die von Reval durch das Eis herangeführte etwa 3000 Mann starke Abteilung Brandenstein und ließ in gleich schwierigem Gelände über Kotla nach Norden vor. Während die Ostseedivision Helsinki säuberte, siedelte sich die Abteilung Brandenstein bei Kotla mit starken roten Kolonnen und mußte zwei Tage kämpfen, um sich der drohenden Umlämmung zu entziehen. Unter starken Verlusten erschöpften sie sich die Straßen und Eisenbahnlinie über Pennala, und am 19. April stieß ein Radfahrbataillon überraschend nach Lahti herein, mittler zwischen die Roten, die eben einem Transportzug entstiegen waren. Noch befand sich Lahti in den Händen der Roten, zwei Tage kämpften die Kompanien schwer um diesen Knotenpunkt, aber die Ost-West-Verbindung der Roten war zerstört. Nur zwei Tage später gelang es der Ostseedivision, den anderen Knotenpunkt Hilimäki nach tagelangem Kampf zu nehmen, und damit waren die Möglichkeiten zur Einführung der Roten im Aufzugsverbund mit dem Schuhkorps des Generals Mannerheim geschaffen.

Länger als eine Woche dauerten die Kämpfe in dem unweichen Lande. Am 25. April wurde Loviisa genommen und die Roten Garde nach Nordosten abgedrangt. Die finnischen Schuhkorps eroberten Viborg. Als der Gegner trotz seiner erbitterten Durchbruchsanstrengungen schließlich seine Enninen mehr ließ, stieß er nach fünfjähriger Schlacht, am 2. Mai, von allen Seiten bei Sarvalla und Loviisa gefangen, die Balken. Mehr als 20000 Gefangene, Geschütze, Maschinengewehre und Tausende von Fahrzeugen mit Waffen, außerdem Flugzeuge und Panzerzüge stellten den Angreifern in die Hände. Das finnische Schuhkorps und die Ostseedivision, der inzwischen die Abteilung Brandenstein zugewiesen worden war, hatten Finnland von den Bolschewisten befreit.



für die aufzustellenden finnischen Formationen dienen. Noch dachte niemand an eine Entsendung deutscher Truppen. Im Herbst wurden Gewehre und Maschinengewehre an Finnland geliefert, und zwar im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amt, das sogar die Befreiung der Finnland vorgelagerten Alandsinseln empfahl. Es handelte sich hier nicht um neue Erwerbungen, sondern um die Durchkreuzung englischer Pläne. Die Ernährungsschwierigkeiten in Finnland sollten benutzt werden, um Finnland in die Arme der Entente zu treiben, schließlich bei der Entente Finnland der schwedischen Regierung an, um Schweden in den Krieg gegen Deutschland zu treiben, und England plante Errichtung einer Flottenstation auf den Alandsinseln. Unter diesen Umständen ergab sich für Deutschland die Notwendigkeit des Eingreifens.

Im Herbst 1917 kam nach der zweiten Revolution in Russland der Bolschewismus zur Macht. Das war Anstoß für Finnland, im Dezember die unabhängige und selbständige Republik zu errichten. Deutschland drang darauf, daß die Bolschewiken bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk das unabhängige Finnland anerkannten. Die Anerkennung erfolgte, aber Deutschland konnte nicht verhindern, daß sich im Januar 1918 die in Finnland verbliebenen russisch-bolschewistischen Truppen der Herrschaft bemächtigten und eine bolschewistische Regierung austrieben. Blutkrieg überstieg ganz Finnland. Die kaum gebildete Regierung wurde auseinandergesprengt, alle Führer der finnischen Freiheitsbewegung wurden entweder ermordet oder mußten fliehen. Vor allem in Südfinnland tobte der Terror, viele Finnen entstammten über das Eis der Öster nach Reval. Im Nordwesten Finnlands erfolgte schon wenige Tage nach der Revolution der Gegenstoss, und es gelang der finnischen Schutztruppe unter dem General Baron Mannerheim im Norden die Revolution niederzuschlagen. Dagegen blieb Südfinnland mit den wichtigen Höfen und Industrien in den Händen der Roten. Jetzt wandte sich die finnische Regierung mit der dringenden Bitte um militärische Hilfe an Deutschland. Das Jägerbataillon 27 wurde aufgelöst und in Zwischenfeldern nach Finnland geschickt. Am 22. Februar erging der Befehl zur Ausstellung des Alandsdetachement und der „Ostseedivision“. Gleichzeitig erfolgte aber auch die bündige Erklärung der Obersten Heeresleitung, daß Deutschland nicht von territorialen Wünschen geleitet werde, sondern nur von dem Bestreben, die für ganz Europa gefährliche Macht der Bolschewiki zu brechen.

Besetzung der Alandsinseln

Die Alandsinseln, die zwischen Finnland und Schweden liegen, den Botnischen Meerbusen abschließen, waren als Stützpunkte des Unternehmens ausgewählt. Weil sich die Verhandlungen mit Schweden verzögerten, mußte das in Niem unter Dampf liegende Geschwader seine für den 22. Februar vereinbarte Ausfahrt verschieben. Als es einige Tage später unter dem Befehl des Konteradmirals Meurer von Danzig aus in See ging, waren Umwetter und Eis zweimal ihr Umlebt. Das Ge-

schwader bestand aus den Linienschiffen „Rheinland“, „Westfalen“ und „Posen“ aus einigen kleinen Kreuzern und Torpedoboote Minenfischern und Räumbootes und schließlich Eisbrechern.

Trotz der Minengefahr mußte Admiral Meurer wieder die Linienschiffe an die Spieße setzen, um schwierige Eisbarrieren zu überwinden. Vier Tage dauerte die Fahrt durch das vom Eis blockierte und von Minen verunreinigte Fahrwasser.

Am 5. März stand das Geschwader vor Eckerd auf den Alandsinseln, und am nächsten Tag wurden ein Jägerbataillon und eine Radfahrkompanie über das Eis an Land gesetzt. In schnelligem Vormarsch besetzten sie das ihnen von den Schweden zugewiesene Gebiet. Russische Dampfer mit der roten Flagge wurden genommen, die Bolschewisten entwaffnet und über das Eis nach Vibau abgeschoben. In Eckerd richtete das Geschwader einen Stützpunkt mit Linienschiffen und Eisbrecherdienst ein, und während die Landungsabteilung aus den breiten Finnen unter finnischer Führung eine Abteilung bildete, ging das Geschwader wieder nach Danzig in See. Der Vorstoß verlief nicht ohne Verluste, denn ein Eisbrecher fuhr auf eine festgestorene Mine und wurde in Stücke gerissen, und das Linienschiff „Rheinland“ strandete im Eis und fiel für das weitere Unternehmen aus.

In Danzig war inzwischen die Ostseedivision gebildet worden. Sie bestand aus drei Kavallerie-Schützenregimenten, drei Jägerbataillonen, fünf Radfahrkompanien, zwei Gebirgs-Maschinengewehrabteilungen, einer Gebirgs-Heldartillerieabteilung und zwei schweren Batterien, außerdem technischen Truppen. General Mannerheim drängte am 20. März auf beschleunigte Heranführung der Division. So gab die Oberste Heeresleitung am 24. März den Befehl, so schnell wie möglich auszulaufen. Obwohl die Division zur Verlobung bereit stand, verzögerte sich doch die Überführung nach Hangö, dem einzigen eisfreien Hafen an der finnischen Südküste. Endlich am 1. April ging die Flotte von Danzig aus in See, geleitet von Minenfischern und Eisbrechern und geführter von den Linien-